Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 54 (1976-1977)

Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A. Z. 8001 Zürich, Rämistr. 66 54. Jahrgang Nr. 4 Juli 1976 Auflage 17 000

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ VSETH

Redaktion/Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 75 30, Postscheck 80-35 598

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00, Einsp. mm-Zeile Fr. –.48

Abonnemente: Jahresabonnement (inkl. «das konzept») Inland Fr. 22.– Ausland Fr. 26.–

und das konzept

«Verpolitisierung» der Psychoanalyse – was heisst das?

Für eine Psychoanalyse im Dienste des Volkes!

«Das Psychoanalytische Seminar in den Händen von Marxisten» warnte die «NZZ» kürzlich unter dem Titel «Verpolitisierung der Psychoanalyse». Was hat Psychoanalyse mit Politik zu tun? Anders gefragt: Hat das psychische Elend grosser Teile der Bevölkerung mit Politik nichts zu tun? Die chemische Industrie zumindest weiss es hier besser. In ihrer Ärztereklame benennt sie Ursachen der weitverbreiteten Depressionen, bevor sie deren chemische Behebung anbietet: das unerbittliche Gesetz des Wettbewerbs und der Konkurrenz, die Isoliertheit in der Grossstadt, die Schädigungen durch die Mittel des technischen Fortschritts. Es gibt aber andere, fruchtbarere Wege, Ängste, Verstimmungen, Zwänge zu bekämpfen als chemische Betäubung und «emotionale Blockade» (Librium-Roche-Reklame). Vier gesellschaftskritisch eingestellte Psychoanalytiker der Freudschen Schule geben hier ihre je persönliche Meinung und Stellungnahme zum Thema Psychoanalyse und Politik: E. Modena aus einer allgemeinen Sicht; Liliane Berna und Hp. Meier fragen nach den Konsequenzen einer gesellschaftlich engagierten Position für die psychoanalytische Praxis; der Beitrag von Th. von Salis zielt auf einige Punkte der Kinderpsychiatrie, in denen die kulturelle Bedeutung der Psychoanalyse in einem kleinen Sektor des Gesundheitswesens aufleuchten soll. Red.

Freudsche und Jungsche Psychoanalyse, Daseinsanalyse, Schicksalsanalyse, Individualpsychologie – man könnte Zürich das Mekka der Tiefenpsychologie nennen! Doch damit nicht genug: Verlässt man das engere Gebiet der analytischen Orthodoxie, so findet man noch Gesprächs- und Verhaltenstherapeuten, Gestaltpsychologen, Neu-Reichianer und Neo-Adlerianer, Psychodramatiker, Psychosomatiker und Primaltherapeuten und Gruppen aller Arten am Werk (von den gewöhnlichen Psychiatern ganz zu schweigen). Dieses verwirrende Angebot an «Lebenshilfen», die alle eifrig benützt werden, lässt das Ausmass des psychischen Elendes grosser Bevölkerungsschichten vielleicht ahnen. Dieses Elend lässt sich aber auch statistisch erhärten.

Massenelend

In der BRD ist in der Allgemeinpraxis ein Fünftel der Patienten rein psychisch krank ohne organischen Befund, ein weiteres Fünftel überwiegend psychisch krank mit «geringem» organischen Befund. Da in der BRD durchschnittlich etwa 25 Millionen Patienten pro Quartal die Allgemeinärzte aufsuchen, ergibt eine einfache «Hochrechnung», dass sich 5 Millionen Patienten pro Quartal krank fühlen bzw. «krank» sind, jedoch ohne organischen Befund verbleiben («Medical Tribune»-Kongressbericht vom 28. 11. 75).

Aus meiner Erfahrung als praktischer Arzt und Psychotherapeut in Zürich 4 seit 1968/69 muss ich diesen Zahlen noch beifügen, dass es noch mindestens ein weiteres Fünftel (vermutlich aber mehr) von Kranken gibt, bei denen ernste organische Störungen vorliegen, wie Magen-Darm-Geschwüre, hoher Blutdruck oder Rheuma, die nur zu verstehen sind als Reaktionen des Körpers auf langjährige psychische Spannungs- und Stresszustände. Ferner fehlen bei der erwähnten «Hochrechnung» jene Patienten, die an mehr oder weniger reinen Verhaltensstörungen leiden und somit den Allgemeinarzt gar nicht erst bemühen, wie jene zahlreichen Frauen und Männer, die sich immer wieder in den falschen Partner verlieben oder sich gar nicht verlieben können, oder die vielen Phobiker, die von tausend Ängsten geplagt werden, die Melancholiker, die Zwangskranken ...

Prof. Hans Schaefer aus Heidelberg kommt nicht zu Unrecht in einem Vortrag über «Gesellschaft und Gesundheit» auf dem jüngsten Jubiläumssymposium des deutschen Bundesgesundheitsamtes in Berlin zur Schlussfolgerung: «Letztlich lösen sich alle Ätiologien (Ursachen) der Krankheiten, sofern sie nicht erbbedingt oder durch äussere Gewalt bestimmt sind, *im Nebel kaum noch analysierbarer gesellschaftlicher Einflüsse auf,* die insbesondere dem therapeutischen Zugriff völlig unzugänglich bleiben.» Diese Formulierung hat nur einen schwachen Punkt: Die krankmachenden gesellschaftlichen Einflüsse sind heute nur nebelhaft-undurchsichtig, wenn man auf ihre Analyse *verzichtet.*

Das Unbehagen des Psychotherapeuten

Im Licht der psychoanalytischen Theorie und unter Zuhilfenahme marxistischer Begriffe löst sich der «Nebel» und gibt den Blick frei auf die Realität einer Gesellschaft, die den Menschen zum Feind des Menschen erzieht und spontane Gefühlsbeziehungen immer mehr den Konkurrenz- und Profitinteressen von immer weniger grossen Monopolunternehmen aufopfert. Marx nannte diese Erscheinung einst «Entfremdung». Und zeitgenössische Psychoanalytiker in aller Welt stellen das rapide Anwachsen sogenannter «narzisstischer Neurosen» fest, deren charakteristische Symptome Minderwertigkeitsgefühle und Beziehungsängste, depressive Verstimmungen und das Gefühl innerer Leere sind, die der einzelne mit allerhand Tricks zu kompensieren oder zu betäuben versucht.

Wenn man als Therapeut immer wieder miterlebt hat, was etwa die Anschaffung eines Autos oder ein Schuss Heroin tief-gefühlsmässig bedeuten kann und wie Auto, Heroin und Liebesbeziehungen oft austauschbar sind, dann wird man notgedrungen für die Wechselbeziehungen zwischen psychischem Leiden und gesellschaftlicher Produktionsweise hellhörig. Der Analytiker erlebt aber auch immer wieder, wie im Verlauf einer mehrjährigen, oft mühsamen Behandlung sich sein Patient dank der therapeutischen Beziehung verändert, wie sich die innere Leere langsam auffüllt, die Unsicherheit schwindet, das düstere Weltbild fröhlicheren Gedanken weicht, wie der Analysand Freunde findet, sich vielleicht verliebt ... – Muss sich dann der Therapeut in seinem Berufsstolz nicht fragen, wie wenigen Menschen er auf diese Art wirksam helfen kann? Fast täglich müssen Hilfesuchende abgewiesen werden!

Das Unbehagen, das dem Psychotherapeuten aus seiner Tätigkeit erwächst, kann er allerdings ganz verschieden verarbeiten. Abgesehen von Charakter, Wissen und beruflichem Geschick ist es auch – und vor allem – eine Frage der Ideologie. Und hier scheiden sich die Geister.

Psychologie zwischen Widerstand und Anpassung

Prof. M. Boss, Hauptexponent der zürcherischen Daseinsanalyse, zum Beispiel polemisiert in der «Roche»-Hauspostille «Hexagon» in zwei Folgen gegen die Freudsche Psychoanalyse (Hexagon-Roche Nr. 1/2 1973). Er weist überzeugend nach, dass Freuds Werk von der naturwissenschaftlichen, fortschrittsgläubigen, mechanistischen Ideologie durchtränkt ist, die dem 19. Jahrhundert eigen war. Er ersetzt jedoch diese Denkmethode durch die Heideggersche Existentialphilosophie. Diese ist vielleicht die gescheiteste reaktionäre Ideologie des europäischen 20. Jahrhundert und hat schon dem deutschen Faschismus wertvolle Dienste geleistet. Ist es ein Zufall, dass auch C. G. Jung – der andere grosse Zürcher Tiefenpsychologe – mit dem deutschen Nazi-Staat flirtete? Ich will damit nicht sagen, dass der eine oder andere Faschist wäre (oder ihre sonstigen wissenschaftlichen und therapeutischen Verdienste schmälern). Zwischen der Verleugnung der Klassenwirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft und der Flucht in die reine Anschauung oder ins Mythologische und Religiöse besteht jedoch ein innerer Zusammenhang, der unter entsprechenden historischen Umständen, wie in den 30er Jahren in Mitteleuropa, den Faschismus streifen oder sogar kreuzen kann. Der daseinsanalytische oder auch der Jungsche Idealismus (die ich hier stellvertretend für viele Idealismen nenne – eine Auseinandersetzung mit dem US-Exportangebot in Psychotherapie wäre an anderer Stelle zu führen) entspringt meines Erachtens dem Bedürfnis vieler Psychotherapeuten, ihrem spezifischen Unbehagen zu entrinnen und dem Wunsch, mit einem möglichst guten Gewissen die Privilegien ihrer bürgerlichen Stellung weiter geniessen zu können.

Bild Art Ringger

Demgegenüber haben viele Psychoanalytiker die sozialkritische Komponente Freuds aufgenommen und sie weiterentwickelt. Der Mangel an einer expliziten gesellschaftstheoretischen Fundierung vieler Arbeiten und Konzepte des Begründers der Psychoanalyse liess allerdings immer mehr von ihnen zu soziologischen Konzepten und zum Marxismus greifen. Wilhelm Reich ist vielleicht der bekannteste, aber gewiss nicht der einzige: So wichtige psychoanalytische Autoren wie Otto Fenichel oder Siegfried Bernfeld waren Marxisten.

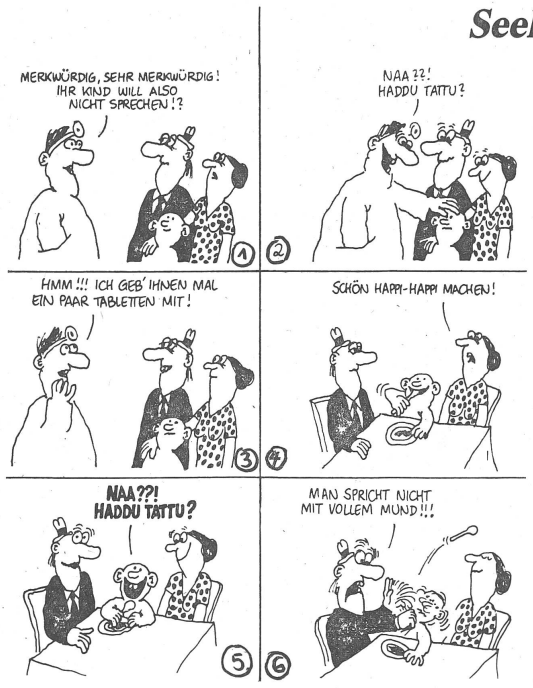
Natürlich gibt es nicht nur gesellschaftskritische Psychoanalytiker Freudscher Richtung. Der ideologische Kampf zwischen links und rechts spielt sich nicht nur zwischen der Psychoanalyse und zum Beispiel der Daseinsanalyse ab, sondern auch innerhalb einer jeden Disziplin (es gibt auch linke Daseinsanalytiker).

Politisierung ist Bewusstseinserweiterung

Rechtslastige Analytiker bedienen sich zur Diffamierung ihrer Gegner gerne des Argumentes, die «Verpolitisierung» der Psychoanalyse führe über unbewusste Identifikationsmechanismen zur «Indoktrination» der Patienten. Hierbei vergessen sie allerdings, dass ihr bürgerliches Auftreten, ihre übertriebene «Abstinenz», das konsequente «Vergessem» oder Verharmlosen des gesellschaftlichen Aspektes bei der Arbeit mit ihren Patienten nicht minder politisch ist. Aber eben: politisch im Sinn der Anpassung an die bestehenden

Fortsetzung auf Seite 2

Seelische und körperliche Prügel . . .



rk. Früher hiessen diese ehrenwerten Leute Magister oder Studienrat, in den Schulbänken schimpfte man sie Pauker; heute heissen sie schlicht Lehrer, oder auch, da hier die Stellung der Geschlechter angeglichener ist als in anderen Berufen, Lehrerin. Während früher diese Sorte von Menschen nicht unbedingt einen hohen Status besass – die ländliche Bevölkerung war gegenüber der städtischen Gebildetheit noch sehr skeptisch –, sind heute die Lehrer ebenso angesehen, wie sie wichtig sind. Dass sie wichtig sind, die Heranbilder von tüchtigen Teilnehmern an unserer Gesellschaft, wird kaum mehr bestritten. Wie anders wäre zu erklären, dass so strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, damit die ideologische Reinheit der Lehrer gewährleistet ist – und dies nicht bloss in der Berufsverbot-BRD, sondern auch bei uns. Sind sie also endlich einmal Lehrer geworden, so bieten sie hohe Gewähr, dass sie sich für die geltenden und gültigen Werte und Prinzipien einsetzen: Der Einsatzort sind die jungen, noch weichen und formbaren Hirne und Seelen unserer Kinder. Tüchtigkeit wird verlangt, statt der Fähigkeit, die Welt kritisch verarbeitend zu erkennen; Höflichkeit statt der Fähigkeit gegenseitigen Respektes; Strebertum statt einer solidarischen Verhaltensweise. Die Liste könnte verlängert werden.

Zwei Prinzipien des Lehrens offenbaren aber besonders deutlich die Widersprüchlichkeit unserer Schulen: das Notensystem und die Körperstrafen. Zwar kommen heute immer mehr sogenannt humanistische Erziehungsgrundsätze ins Gerede, auch an verantwortlicher Stelle. Doch dient dieses ideologische Brimborium nur dazu, die wirkliche Praxis zu verschleiern. Wie unsinnig ist es doch, das Notensystem bloss auf seine (Un-)Tauglichkeit hin zu testen, ohne daraus auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. 18 Lehrer erhielten die gleichen 617 Schüleraufsätze zur Benotung. Nicht ein einziger erhielt 18mal dieselbe Note. 30% der Aufsätze erhielten gleichzeitig die höchste und die niedrigste Note zugesprochen. Jeder zehnte Aufsatz bekam sämtliche Noten von 1 bis 6. Warum soll also ein erwiesenermassen untaugliches Qualifikationssystem aufrechterhalten werden, wenn nicht deshalb, weil sonst keine Selektion für die gesellschaftliche Schichtung erreicht würde? Das Erziehungsprinzip hinter dem Notensystem heisst Tüchtigkeit und Strebertum. Es fördert eine Elite auf Kosten einer breiten Bevölkerungsschicht, und, was mehr ist, es fördert eine rein fachliche Elite, auf Kosten von kritisch-politischem Bewusstsein. Ein ebenso bedenkliches Kapitel sind die Körperstrafen. Wohl äussern viele Kantonsräte, und auch Erziehungsdirektor A. Gilgen, in menschenliebender Weise, dass die körperliche Züchtigung überholt sei. Trotzdem aber will man nicht vom Grundsatz abgehen, dass ein Lehrer mal zulangen kann. Man sprach im Kantonsrat von «Ausrutschern». Das Prinzip einer solchen Erziehung aber ist leider kein Ausrutscher, sondern ein wohlkalkuliertes System, um jene Elemente zur Räson zu bringen, welche nicht dem herrschenden Schülerbild entsprechen. Gegenseitiger Respekt von Lehrern und Schülern aber ist erst da möglich, wo der Lehr- und Lernprozess nicht mehr streng getrennt werden kann. Wo die Wissensvermittlung im Dienst auch der Schüler steht. Eine Gesellschaft aber, welche schon in ihrem Erziehungswesen die Ungleichheit und die Herrschaft einsetzt, muss eine Gesellschaft von Ungleichheit sein.

Fortsetzung von Seite 1

Verhältnisse. Da bürgerlichen Analytikern zudem meistens *ihre eigene bürgerliche Ideologie nicht bewusst* ist, weil sie sie für die «natürlichste Sache der Welt» halten, verfügen sie im Gegensatz zu bewussten Marxisten nicht einmal über die Voraussetzungen, die diesbezüglichen Identifikationsprozesse ihrer Patienten durch entsprechende Deutungen *aufzulösen* (wie es zum Ziel einer analytischen Behandlung gehört). Bei näherem Hinschauen erweist sich also das Argument von der Indoktrination als Bumerang: Wenn ich im Wartezimmer die kritische Zeitschrift «focus» auflege, indoktriniere ich angeblich meine Patienten – wenn der Kollege aber die «NZZ» auflegt, ja was macht *er* dann?

Nein, wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es keine wertfreie Psychologie gibt, so wie es keine wertfreie Wissenschaft gibt. Die Frage ist nur, wofür man Partei ergreift. «Für den Patienten!» – wäre eine scheinheilige Antwort, denn man kann mit den subjektiv besten Absichten den Patienten auf vielerlei Arten an die gesellschaftlichen Realitäten, an denen er erkrankt ist, wiederanpassen.

«Dem Volke dienen» – als Psychoanalytiker?

Eines ist sicher: Trotz der Entwicklung von Kurzverfahren und von analytischen Gruppentechniken, die alle ihre spezifischen Indikationen haben, bleibt die therapeutische Wirkung der Psychoanalyse – gemessen am neurotischen Massenelend der Bevölkerung – minim. Dieses Schicksal teilt sie mit allen anderen psychotherapeutischen Methoden. Man kann offenbar eine «kranke Gesellschaft» nicht mit psychologischen Mitteln kurieren, sondern – wenn schon – nur mit einschneidenden politischen Massnahmen.

Der Psychoanalytiker kann aber meines Erachtens doch über die Enge seiner Privatpraxis hinaus einen berufsspezifischen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft leisten, wenn er sich für die Aufklärung der Bevölkerung über die wahren Ursachen der psychischen Krankheiten einsetzt und wenn er die ideologische Auseinandersetzung mit dem Idealismus aller Schattierungen nicht scheut, Aufgaben, die er sowohl in Institutionen wie auch in der Öffentlichkeit wahrnehmen kann. Er kann die traditionelle Psychiatrie und die herrschende Pädagogik in Frage stellen, mit Hilfe einer Methode, die primär weder an Symptomen noch an Leistung orientiert ist, die also um so menschengerechter ist, als sie sich von den Regeln spätkapitalistischer Lebensart unterscheidet – und die gerade dadurch wirksam ist. Schliesslich kann er versuchen, durch wissenschaftliche Forschung einen Beitrag zur Bereicherung der marxistischen Theorie und damit für die Arbeiterbewegung zu leisten.

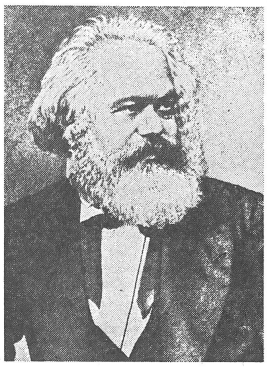
Emilio Modena

Die Ziele des Psychoanalytischen Seminars

Das Psychoanalytische Seminar in Zürich verfolgt das Ziel der Förderung der Freudschen Psychoanalyse. Gerne hätten wir hier über die näheren Ziele der Lehre und Forschung, über Aufnahmebedingungen, Richtlinien und Verlauf der Ausbildung, über die Beziehungen zur Schweizerischen Psychoanalytischen Gesellschaft, die die Ausbildung überwacht, über die interne Organisation eines solchen Seminars informiert. Diese «offizielle» Ergänzung zu unseren Artikeln haben wir nicht erhalten. Der Präsident des Unterrichtsausschusses schreibt: «Auf Grund von Erfahrungen pflegt sich der Unterrichtsausschuss der Schweizerischen Gesellschaft für Psychoanalyse mit seinem Informationsmaterial nur dann zu beteiligen, wenn er den ganzen Inhalt der beabsichtigten Publikation kennt» – was nur schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich war.

Interessierte erhalten jedoch das sonst jedermann zugängliche Informationsmaterial bei der Informationsstelle des Psychoanalytischen Seminars (Tel. 34 27 88).

Die Redaktion



Karl Marx und Sigmund Freud: Dieser war der erste, der die Neurose als soziale Krankheit verstand, jener erarbeitete die Grundlagen zu einer umfassenden Gesellschaftstheorie

Soziale Krankheit Neurose

«Was wir tun können, Schatz? Leider wenig, Du hast Recht, nicht einmal die menschliche Gesellschaft zugunsten unseres Kranken ändern, aus einem Mann, der zu arbeiten hat, einen machen, der nur zu geniessen und sich zu pflegen braucht. Das können wir nicht, und darauf kommt es an. Nicht die Krankheit ist unheilbar, der Stand und seine Pflichten wird zur unheilbaren Krankheit.»
(Sigmund Freud an seine Braut Martha, 1885)

Freud verstand als erster die Neurose nicht als organische, sondern als soziale Krankheit. Nach seiner Vorstellung geraten die individuellen Triebe und Bedürfnisse in Konflikt mit den durch die Autorität der Eltern vermittelten Forderungen und Verboten der Gesellschaft. In seiner völligen Abhängigkeit von den Eltern, die ihrerseits «dem Stand und seinen Pflichten» unterliegen, kann das Kind seine Konflikte nicht austragen. Das Kind verinnerlicht diese Konflikte und verdrängt sie ins Unbewusste. Dort schwelen sie weiter und produzieren neurotische Symptome. Mit der psychoanalytischen Methode gelingt es, diese Konflikte wieder bewusstzumachen.

Psychoanalyse im Elfenbeinturm

Ausgehend von den grundlegenden Entdeckungen Freuds, entwickelte sich im angelsächsischen Bereich die medizinisch-technische Richtung der Psychoanalyse. Der Schwerpunkt des theoretischen Interesses verlagerte sich auf immer verfeinertere behandlungstechnische Belange, der ursprüngliche Freudsche Ansatz eines Konflikts zwischen Individuum und Gesellschaft ging zunehmend verloren.

In der Praxis wurde das psychoanalytische Behandlungszimmer zum Elfenbeinturm: Das Interesse des Analytikers richtet sich hauptsächlich auf die frühen Beziehungen zu Mutter und Vater. Dabei werden die Persönlichkeiten von Vater und Mutter nicht weiter als Träger von gesellschaftlichen Normen und Rollen hinterfragt. Ebensowenig wird die aktuelle soziale Lebenssituation des Patienten hinterfragt, seine Probleme werden auf frühkindliche Konflikte reduziert. Auf diese Weise versöhnt sich der Patient mit seinen inneren Konfliktspersonen und seiner Umgebung. Er passt sich an. Es kommt ihm nicht in den Sinn, dass er sich vielleicht einmal zu Recht gewehrt hat.

Gemeinsames Unglück

Für eine heutige psychoanalytische Praxis, welche der psychoanalytischen und marxistischen Betrachtungsweise Rechnung trägt, ergeben sich folgende Konsequenzen: Die neurotischen Konflikte werden nicht nur auf der Ebene der frühkindlichen Beziehungen zu Vater und Mutter verstanden, sondern gleichzeitig als Niederschlag gesellschaftlicher Widersprüche bewusstgemacht.

So wird beispielsweise die sexuelle Impotenz eines Gastarbeiters in Zusammenhang gebracht mit seiner sozialen Ohnmacht unter den spezifischen Bedingungen der Emigration. Die offensichtlich schwierigere Bewältigung des Ödipuskomplexes bei der Frau wird nicht nur auf die kompliziertere psychosexuelle Entwicklung zurückgeführt, sondern wird als gesunder Widerstand gegen einengende und hemmende kulturspezifische Rollenerwartungen akzeptiert. In der Lebensgeschichte von Studenten mit Arbeitsstörungen – die ungewöhnlich häufig sind – lassen sich regelmässig Entwicklungshemmungen in der sogenannten analen Phase nachweisen: Die Weigerung des Kindes war das einzige Mittel, sich gegen die deformierenden Ordnungs- und Leistungszwänge der elterlichen Reinlichkeitserziehung zu wehren. Analog wird die Arbeitsstörung des Studenten als an sich berechtigte, aber in ihrer Form unzweckmässige Weigerung gegenüber dem einseitigen akademischen und gesellschaftlichen Leistungssystem interpretiert. In allen drei Beispielen wird der *überindividuelle,* einer Gruppe von Menschen gemeinsame soziale Rollenkonflikt bewusstgemacht.

Freud hat gesagt: «Ich zweifle ja nicht, dass es dem Schicksale leichter fallen müsste als mir, Ihr Leiden zu beheben: Aber Sie werden sich überzeugen, dass viel damit gewonnen ist, wenn es uns gelingt, Ihr hysterisches Elend in gemeines Unglück zu verwandeln. Gegen das letztere werden Sie sich mit einem wiedergenesenen Seelenleben besser zur Wehr setzen können» (Freud, Gesammelte Werke I, S. 312). Gemeines Unglück heisst ja gemeinsames Unglück. Durch die psychoanalytische Arbeit soll sich der einzelne dieser Gemeinsamkeit bewusst werden. Mit seinem «wiedergenesenen Seelenleben» soll er sich stark genug fühlen, sich in Gemeinschaft mit andern gegen gesellschaftliche Zwänge zur Wehr zu setzen.

Hier Gesunde, da Kranke?

Dies heisst aber für den Psychoanalytiker, dass es ihm nicht nur darum gehen kann, aus einem «kranken» Menschen einen «gesunden», «normal funktionierenden» zu machen. Dieselben Diskriminierungsmechanismen, die in den erwähnten drei Beispielen den neurotischen Menschen vereinzeln, setzen sich gegenüber ganzen Gruppen von Menschen durch: zum Beispiel Sonderklassenschüler, Geisteskranke, Strafgefangene, Ausländer. Diskriminiert wird, wer in irgendeiner Form gesellschaftlichem Normalverhalten nicht entspricht. Die Psychoanalyse ist bestrebt, bewusstzumachen, dass der Graben zwischen «gesund und krank», «normal und abnormal» ein künstlicher Graben ist. Sie relativiert gesellschaftlich bedingte, politisch missbrauchbare Normen und Grenzen. «Vergessen Sie nicht, dass unsere Traum-Produktionen einerseits die grösste äussere Ähnlichkeit und innere Verwandtschaft mit den Schöpfungen der Geisteskranken zeigen, aber mit der vollen Gesundheit des Wachlebens verträglich sind» (Freud, Gesammelte Werke VIII, S. 32).

Anderseits hat ein Gesellschaftssystem – je undemokratischer, statischer und geschlossener es ist – ein Interesse dran, diesen Graben offenzuhalten.

Das Verständnis dieser Phänomene überschreitet den Kompetenzbereich der Psychoanalyse und bedarf unabdingbar der Ergänzung durch eine kritische Gesellschaftstheorie, als welche sich vornehmlich der historisch-dialektische Materialismus anbietet.

Lilian Berna/Dr. med. Hanspeter Meier

Unheile Kinderwelt

Die Psychoanalyse ist eine Konfliktpsychologie. Wir benötigen sie zum Verständnis und zur Bearbeitung von Konflikten, die innerhalb der Familie, zwischen Kind und Schule sowie Eltern und Schule, zwischen Kind bzw. Eltern und medizinischen, psychotherapeutischen und heilpädagogischen Betreuern auftreten. Der Ansatzpunkt der Psychoanalyse ist aber nicht der soziale, sondern der innerpsychische Konflikt. In der psychoanalytischen Kur wird dieser in der Interaktion zwischen Analysand und Analytiker im spezifischen analytischen «Setting» erfasst. In der Kinderanalyse liegt eine kindgemässe Abwandlung dieses Settings vor, indem meist auf die Couch verzichtet und oft das spontane Spiel einbezogen wird.

Anpassung und Konflikt

Die mangelnde Anpassung des Kindes in seinem Verhalten und seiner Leistung ist einer der häufigsten Zuweisungsgründe. Die psychoanalytische Therapie kann und will aber nicht um jeden Preis und so rasch wie möglich das Kind an seine Umwelt anpassen. Ihr erstes Anliegen ist vielmehr, die gesamte Persönlichkeit des Kindes in ihrer laufenden Entwicklung zu verstehen und die Hindernisse, die sich der Entwicklung entgegenstellen, überwinden zu helfen. Dabei sind Zusammenstösse des Kindes, manchmal auch des Therapeuten, mit der Umwelt des Kindes, oft auch der Eltern mit ihrer Umwelt, unvermeidlich. Wenn das Kind in einem Therapieheim behandelt wird, gibt es solche Zusammenstösse zwischen Kind und Pädagogen oder zwischen Therapeuten und Pädagogen. Ausserdem stehen die Eltern – oft schon untereinander in Konflikt – der Institution, in der das Kind behandelt wird, stets in irgendeiner Weise konflikthaft gegenüber.

In der Austragung aller dieser Konflikte ist der Analytiker einerseits selbst Konfliktpartner, anderseits vom Konflikt distanziert mittels der wissenschaftlichen Reflexion. Der Bedrohung durch die solcherart dauernd auftretenden Widersprüche versuchen sich viele Analytiker durch den Rückzug in eine «Objektivität», etwa im Sinne der «Wertfreiheit der Wissenschaft», zu entziehen. Damit setzen sie sich allerdings in Widerspruch zu der Psychoanalyse, deren hervorragendstes Merkmal seit Freud darin besteht, vor keiner Aufdekkung irgendwelcher Konflikte und Widersprüche zurückzuschrecken. Wenn es also um die Anpassung des Kindes geht, wird sich der Analytiker nicht damit begnügen, die passive, erduldende Anpassung des Kindes verbessern zu helfen, sondern wird vielmehr seine Anstrengungen auf das Ziel richten, dass das Kind eine aktive, seine Umwelt verändernde Anpassungsleistung erbringen kann.

Das besondere Gewicht der psychoanalytischen Theorie in der Kinderpsychiatrie ergibt sich daraus, dass sie eine Theorie der Persönlichkeit und insbesondere der Persönlichkeitsentwicklung ist. Durch die vertiefte Kenntnis seiner eigenen Persönlichkeit (durch die eigene Analyse) und der psychoanalytischen Persönlichkeitstheorie kommt der Psychoanalytiker in die Lage, die durch ihre entwicklungsbedingte «Triebhaftigkeit», «Selbstsucht» und «Irrationalität» den Erwachsenen störenden Kinder zu verstehen und mit ihnen und ihren Betreuern angemessener umzugehen.

Störende Kinder – gestörte Entwicklung

Dazu drei willkürlich herausgegriffene Beispiele: Bei sogenannten *aggressiven Verhaltensstörungen* legt der Analytiker Wert auf die Unterscheidung verschiedener kindlicher Triebäusserungen. Er stösst dabei beispielsweise entwicklungsgeschichtlich auf spezielle Konstellationen der Liebesenttäuschung, die im neurotischen Wiederholungszwang immer wieder auftreten, oder auf Überforderung durch die Umwelt wegen Fehleinschätzung des Entwicklungsstandes. Bei *depressiven Kindern* findet man regelmässig, dass traumatische Verluste des Liebesobjektes stattgefunden haben und die alten Inhalte sich in neuem Gewand wiederbeleben. Bei *narzisstischen Persönlichkeitsstörungen* hat es in frühesten Entwicklungsphasen an Einfühlung durch die Betreuer gefehlt und sind in kritischen Phasen Zusammenbrüche hoher Idealisierungen der Eltern erfolgt. Aus solchen Besonderheiten der Persönlichkeitsentwicklung resultieren spezifische Kontakt- und Beziehungsstörungen, welche das Kind im Erwerb situationsgerechter Verhaltensweisen behindern.

Der Kinderanalytiker und mit ihm alle Betreuer eines sich entwickelnden Kindes müssen ein besonderes Geschick entfalten im Umgang mit dem äusserst widersprüchlichen Wechsel von «erwachsen-vernünftigem» Benehmen und kleinkindlichem Verhalten. Ein pubertierendes, grosses und starkes Mädchen zum Beispiel plagt die Erzieher und Mitpatienten mit Umklammerungen und Bissen, vernachlässigt Körperpflege und Ordnung bis zur Verzweiflung und Erschöpfung der Betreuer. Es hat selbst immer wieder Verzweiflungsausbrüche, wenn es an noch so kleine Aufgaben erinnert wird. Es verlangt, wie ein Säugling behandelt zu werden, doch wehe, wenn die Erzieherin diesen Wunsch zu erfüllen trachtet: es ist ja dann eben doch eine Beleidigung, auf seinem Kindlein-sein-Wollen behaftet zu werden! Jede Ermahnung kränkt das Mädchen, denn sie ist jedesmal eine Bestätigung dafür, dass es sich nicht seinem Alter und Verstand entsprechend verhält. Wenn nun dazu noch eine Ablehnung des Triebhaften im Verhalten der Betreuer durchschimmert – was in unserer Kultur die Regel ist – fühlt sich das Kind oft total abgelehnt, gerade dann, wenn es auf eigene Triebregungen aus böser Erfahrung besonders empfindlich ist und seine nichttriebhaften Funktionen darob nicht mehr wahrnehmen kann. Es ist dann die Aufgabe des Analytikers, die Konfliktgeschichte des Kindes zu erforschen und die Konfliktwiederholungen in der Gegenwart aufzudecken, so dass er selbst, die Erzieher und das Kind zur Einsicht in das psychische Geschehen gelangen. Von Einsicht im psychoanalytischen Sinn kann man erst sprechen, wenn im affektiven Bereich gleichzeitig mit der kognitiven Erkenntnis eine Entspannung eintritt.

Das offen erklärte Interesse des Psychoanalytikers für Konflikte und sein unverdrossenes Aufzeigen und Analysieren von Widersprüchen im mikro- und makrosozialen Bereich werden in der Regel als Bedrohung der angestammten Ordnung empfunden, einer Ordnung, die weitgehend durch Verschleierung und gewaltsame Beseitigung der Widersprüche hergestellt wird.

Dr. med. Thomas von Salis

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule.

Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☎ (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598.

Redaktion: Georg Hodel, Ruedi Küng, René-Pierre Müller, Liselotte Suter.

Die im «zürcher studenten» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 9: 20. 8. 76
Inseratenschluss Nr. 9: 27. 8. 76

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo...

Grosse Auswahl Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex. Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires

10 % Rabatt für Studenten!

Telefon 01/349443

Weinbergstrasse 15
8001 Zürich

Der nächste «zs» erscheint bestimmt. Im Oktober. Eine kürzere Sommerpause – nur einen Monat – macht «das konzept»: es ist bereits ab 7. September wieder zu lesen. Bestelltalon auf der 1. Seite des Juli-«konzept».

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Ladenöffnungszeiten:
Montag–Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

Studentenrabatt und allgemeine Lage des Buchhandels

Wer erhöht die Lesekosten?

Die Streichung des Bücherrabatts machte vielen Studenten erstmals bewusst, dass mit dem Buchhandel in der Schweiz und in der BRD etwas nicht stimmen kann. Zu einfach wäre es jedoch, dieses Problem auf die Kontroverse zwischen den Studenten, die ihre notwendige Literatur billig einkaufen möchten, und den Buchhändlern und Verlegern, die mehr verdienen möchten, zu reduzieren. Man würde dabei verkennen, dass es die zunehmende Konzentration vor allem im Verlagswesen ist, die die Preisbindung bei Büchern ins Wanken gebracht hat. Dass dadurch nicht nur Studenten in Mitleidenschaft gezogen werden, wird studentischerseits oft vergessen. Der folgende Beitrag stellt die Situation und Meinung der Angestellten im Buchhandel dar. Die in bezug auf den Studentenrabatt von der Meinung der Angestellten abweichende Position der Studentenschaft wird vom KStR im Anschluss formuliert.

Zur allgemeinen Lage des Buchhandels

Billige Bücher = billige Arbeitskräfte?

. . . oder können die Interessen von 20 000 Studenten nicht auch diejenigen von 500 Buchhandelsangestellten sein?

Das Problem Studentenrabatt–Studentenbuchhandlungen ist schon seit einiger Zeit in Disskussion. Vertreten waren dabei bisher nur die Interessen und Meinungen der Studentenschaft und des Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverbandes. Diejenigen, die die Folgen der wirtschaftlichen Veränderungen hauptsächlich tragen, sind bis heute nicht zu Wort gekommen. Um den Standpunkt der Angestellten zu verstehen, ist es unumgänglich, Kenntnis von der allgemeinen Lage des Buchhandels zu haben.

Buchhandel ökonomisch schwach

Seit Bestehen gilt der Buchhandel als ökonomisch schwaches Gewerbe. Wichtige Faktoren, die diese Lage bestimmen, sind:

- die relativ geringe Handelsspanne von 30%, die knapp zur Deckung der allgemeinen Kosten reicht;
- die anachronistische innerbetriebliche Struktur, die durch autoritär-konservative Formen geprägt ist;
- der Sortimentsbuchhandel, dessen Struktur vorwiegend aus Klein- und Kleinstbetrieben besteht, hat gegenüber den besonders im wissenschaftlichen Bereich stark monopolisierten Verlage wenig Möglichkeiten, bessere Bezugsbedingungen zu erhandeln.

Diese Faktoren bestimmen die soziale und ökonomische Lage der Angestellten. Mit dem Hinweis auf einen durchschnittlichen Reingewinn von 0,5 bis 1% wurden bisher praktisch alle Lohnforderungen abgeblockt. Zur Illustration: Eine Buchhändlerin verdient heute gemäss dem hart erkämpften Gesamtarbeitsvertrag zwischen 1570 und 1875 Franken bei einer Arbeitszeit von 42½ Stunden und mehr.

Privilegienrabatt = Lohnkürzung?

Jeder Privilegienrabatt wird von den einzelnen Buchhandlungen getragen und kann nicht weiter abgewälzt werden. Dies bedeutet eine Schmälerung der ohnehin schon knappen Marge. Damit das Unternehmen trotzdem einen Gewinn erwirtschaftet, wird diese Einbusse durch Lohnkürzung oder Steigerung der Arbeitsintensität aufgefangen.

Trotzdem: die Tatsache, dass rund 40% der Studenten zur Zeit ihres Studiums wirtschaftlich schlecht gestellt sind, macht uns die Forderung nach billigen Büchern verständlich.

Werden durch die Eröffnung von Studentenbuchhandlungen, welche die Bücher unter dem festen Ladenpreis verkaufen, die Bücher wirklich billiger? Kurzfristig ja. Wir meinen aber, dass die daraus resultierenden Konsequenzen überlegt werden sollten.

Gründe für den festen Ladenpreis

Die fortschrittliche Einrichtung des festen Ladenpreises (ein Buch an der Zürcher Bahnhofstrasse kostet gleich viel wie in Bischofszell) wird durch die studentischen Initiativen gefährdet. Eine Aufhebung des festen Ladenpreises hat zur Folge:

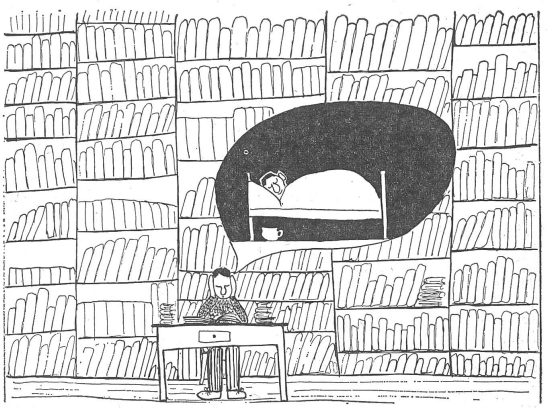
- Einschränkung des Angebots auf gängige Titel, wie dies beispielsweise bei Bahnhofs- und Warenhausbuchhandlungen der Fall ist;
- Abschaffung von bisherigen kostenlosen Dienstleistungen wie Bibliographieren, Ansichtssendungen usw.; was ein Abbau der Dienstleistungen bedeutet, zeigt sich bei der grössten wissenschaftlichen Buchhandlung in Zürich;
- Absterben von Kleinbuchhandlungen, was zur Konzentration auf wenige Unternehmen führt.

Das für diese Umstrukturierung nötige Kapital kann praktisch nur durch die grossen Verlage aufgebracht werden. Die Folge davon ist eine enge finanzielle Verflechtung zwischen herstellendem und verbreitendem Buchhandel. Die grossen Verlage bestimmen stark Angebot und Preisgestaltung. Neben der Gefahr der Einschränkung der Meinungsvielfalt wäre es eine neue Erfahrung im kapitalistischen Wirtschaftssystem, dass durch das Preisdiktat der Monopole die Ware für den Konsumenten billiger wird. Wie sich der Buchmarkt nach Aufhebung des festen Ladenpreises entwickelt, zeigen die Erfahrungen in Schweden und den USA beispielhaft.

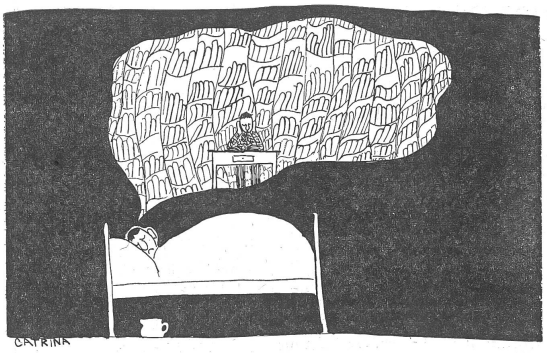
Fazit: Auch wir Angestellten sind dafür, dass Bücher billig sind, aber nicht auf Kosten unserer ohnehin tiefen Löhne. Um der Forderung nach billigen Büchern langfristig nachzukommen und um das breite Verteilernetz, das der Öffentlichkeit Zugang zum Buch verschafft, zu erhalten, ist die Beibehaltung des festen Ladenpreises ein wichtiger Eckpfeiler. Aus diesen Gründen können wir die Gewährung von jeglichen Privilegienrabatten nicht vertreten.

ASB, OG Zürich

ASB: Angestelltenverein des Schweizer Buchhandels. Im ASB sind die Arbeitnehmer des Buchhandels organisiert. Der ASB ist Mitglied des Vereins Schweizerischer Angestelltenverbände. Für diese Stellungnahme ist der Vorstand der Ortsgruppe Zürich verantwortlich.



Zwischen Tag und Traum



Verbilligte Bücher für Studenten, Schüler und Lehrlinge:

Privilegien – oder Sozialrabatt?

Eine Aufgabe der Studentenvertreter muss es immer wieder sein, gegen jede Verschlechterung der sozialen Lage der Studierenden anzukämpfen und nötigenfalls durch Selbsthilfe Kompensationsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies tun wir, weil wir wissen, dass immer noch Tausende von Arbeiterkindern sich ein Studium einfach nicht leisten können und die wenigen, die es doch versuchen, mit der materiellen Existenz weit mehr zu kämpfen haben als mit dem Prüfungsstoff. Ein aktuelles Beispiel der Erhöhung der mit einem Studium verbundenen Kosten stellt die Abschaffung des 10%igen Bücherrabatts dar. Privilegienrabatt sagen die, die ihn abschafften – Sozialrabatt die Betroffenen.

Der Studentenrabatt war nur insofern ein Privilegienrabatt, als vergleichbare soziale Gruppen, das heisst alle übrigen in Ausbildung Stehenden – wie Schüler und Lehrlinge –, nicht auch davon Gebrauch machen konnten. Dass die in Ausbildung Stehenden allgemein mehr auf den Buchhandel angewiesen sind als die übrigen Buchkäufer, bestreitet wohl niemand, und dies ist der entscheidende Grund, dieser Käufergruppe gewisse verbesserte Kaufbedingungen zu gewähren.

Diesen Umstand haben die Zürcher Studentenschaft und der VSS schon länger erkannt und deshalb immer betont, dass neben Studenten auch Schülern und Lehrlingen, für die Bücher ebenfalls unerlässliche Arbeitsinstrumente sind, ein Rabatt zustehe. Diese Position werden wir auch in den auf uns zukommenden Verhandlungen um einen neuen Bücherrabatt vertreten.

Nachteile nicht einfach abwälzen

Dass es zu diesen neuen Verhandlungen überhaupt kommen wird, ist massgeblich durch die Eröffnung studentenschaftseigener Büchervertriebe ermöglicht worden. Dies verkennen die Angestellten des Buchhandels (ASB), wenn sie uns deswegen Vorwürfe machen. Eines steht fest: Wir Studenten haben mit unserer Forderung nach Wiedereinführung eines Bücherrabatts nie direkt oder indirekt beabsichtigt, die Löhne der Angestellten im Buchhandel zu drücken. Ganz im Gegenteil: wir bekunden unsere Sympathie für die Lohnforderungen des ASB. Jedenfalls darf der ASB nicht der Illusion zum Opfer fallen, die Löhne wären angehoben worden, wenn die Studenten nach der Rabattstreichung nicht zur Selbsthilfe gegriffen hätten. Anderseits warnen wir nachdrücklich davor, dass die negativen Folgen der Misere im Buchhandel von einem Teil der davon Betroffenen auf andere Betroffene überwälzt werden. Anzuklagen sind diejenigen, die diese Misere inszeniert haben, um davon zu profitieren, also vor allem die Monopole im Verlagswesen.

Diese allein sind es auch, die allenfalls ein Interesse an der Aufhebung der Preisbindung bei Büchern haben könnten. Freilich erst, wenn ihre Monopolisierung so entwickelt ist, dass der herstellende und verbreitende Buchhandel überregional von ihnen kontrolliert und bestimmt werden kann. Nacher werden gerade noch Bestseller zu kaufen sein, was sicher nicht im Interesse der Buchkonsumenten liegt.

Ein zweites ist sicher: die Deutschschweizer Preisbindung wird erst fallen, wenn sie in der BRD darnieder liegt. Dass die Prognose bundesdeutscher Buchhändler, dass dies noch in diesem Jahrzehnt eintreten werde, sich bewahrheitet, wollen wir alle nicht hoffen.

Doch Tatsache ist – um es nochmals zu betonen –, dass die Schweizer Studentenschaften auf die Stabilität der Preisbindung, selbst wenn sie es wollten, keinen entscheidenden Einfluss nehmen können. Da überschätzt uns der ASB.

Der Schweizerische Buchhändler- und Verlegerverband jedoch könnte dazu schon mehr beitragen. Doch statt eine gute Verbandspolitik im Interesse der Preisbindung zu betreiben, zieht es der SBVV-Vorstand vor, nicht durchsetzbare Marktordnungsänderungen vorzunehmen und seit kurzem auch mit Strafklagen die studentische Gesprächsbereitschaft zu verringern.

Wenn wir uns fragen, wieso der ASB-Vertreter an der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des SBVV nicht lautstark gegen die Gefährdung der Preisbindung und auch gegen den Druck auf die Löhne der Buchhandlungsangestellten protestiert hat, gibt es für uns nur eine plausible (wenn auch wenig tröstliche) Erklärung, nämlich die zunehmende Isolierung der SBVV-Leitung, die inzwischen schon die Anwesenheit eines unerwünschten studentischen Beobachters an ihrer GV mit einer Strafklage wegen Hausfriedensbruchs quittiert . . .

KStR

Umfrage an den deutschschweizerischen Mittelschulen:

Hat ein angehender Mittelschullehrer noch Stellen-Chancen?

LA- Ende 1975 führte der Lehramtsausschuss der Fakultät Phil. II, eine ständige Kommission des studentischen Fakultätsausschusses, an privaten und öffentlichen Mittelschulen der deutschen Schweiz eine Umfrage durch. Die Umfrage verfolgte zwei Ziele. Ein erster Fragenkomplex sollte Aufschluss geben über die Stellensituation an den Deutschschweizer Mittelschulen im Bereich der Phil.-II-Fächer. Die Antworten sind für künftige Mittelschullehrer entmutigend. In absehbarer Zeit werden nämlich äusserst wenig Stellen frei und wenig neue geschaffen. Dies hat seine Gründe in der ungewissen Entwicklung der Schülerzahlen und darin, dass in der Zeit des Lehrermangels viele junge – zu einem erschreckend grossen Teil ungenügend ausgebildete Kräfte (Sekundar- und Fachlehrer) – den Weg auf die Mittelschulstufe fanden . . . und dort bleiben werden. Der zweite Fragenkomplex verlangte Auskunft über die Auswahlkriterien für Stellenbewerber mit der Absicht, Hinweise für das Studium der angehenden Mittelschullehrer zu erhalten. Aus den Antworten ergeben sich wichtige Konsequenzen für jeden einzelnen.

Ausgewertet wurden 75 Fragebogen. Als *Resultate* sind festzuhalten:

- An einer Schule sind durchschnittlich dreimal so viele Haupt- wie Hilfslehrer beschäftigt. Ein Viertel der antwortenden Schulen möchte dieses Verhältnis zugunsten der Hauptlehrer verändern, indem die Hilfslehrerstellen reduziert werden, während die restlichen Schulen diese Verteilung beibehalten möchten.
- In den nächsten paar Jahren werden praktisch *keine* Stellen frei oder neu geschaffen (Rückgang der Schülerzahlen).
- Auf eine ausgeschriebene Stelle melden sich seit kurzem *sehr viele* Bewerber. Ein grosser Teil davon ist aber für das höhere Lehramt nicht ausgebildet (Ingenieure, Architekten usw.).
- Für die Wahl eines Bewerbers sind – der Reihe nach – folgende *Kriterien* massgebend:

1. Diplom für das höhere Lehramt
2. Fähigkeit, zwei Fächer zu unterrichten
3. Lehrerfahrung auf der Mittelschulstufe
4. Erweiterte Kenntnisse in Pädagogik/Didaktik
5. Doktorat

Dann folgen: Sekundarlehrerpatent, Primarlehrerpatent, Lehrerfahrung auf Sekundar- und Primarschulstufe.

- Als wesentlich betrachten wir folgendes: Obwohl das Reglement den Abschluss in nur einem Fach erlaubt (was vom wissenschaftlichen Standpunkt aus erwünscht ist), empfiehlt es sich, mit zwei Fächern abzuschliessen. Vertiefte Studien im Nebenfach können auf Kosten einer Dissertation betrieben werden, die erst an 5. Stelle gefragt ist.
- Ähnliche Konsequenzen sind daraus zu ziehen, dass von zwei sonst gleichwertigen Kandidaten derjenige mit zweijähriger Mittelschullehrerfahrung jenem vorgezogen wird, der dissertiert hat, oder jenem, der in Industrie oder Wirtschaft tätig war.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der künftige Mittelschullehrer sich nach dem Diplom konsequent für die didaktische Ausbildung entscheiden soll. Anzustreben ist ein möglichst breites Spektrum in Theorie (Literaturstudium, Vorlesungen, Seminare) und Praxis (als Hilfslehrer in zwei Fächern). Es dürfte zudem ratsam sein, Pädagogik in eine Vorprüfung miteinzubeziehen.

Die Antworten unserer Umfrage zeigen deutlich, dass auf das Diplom für das höhere Lehramt und eine erweiterte didaktische Ausbildung in Theorie und Praxis wesentlich mehr Gewicht gelegt wird als auf Doktorat und Erfahrung in der Wirtschaft.

FREIHOFER's
Wissenschaftliche Buchhandlungen
Medizin
Psychologie
Rämistrasse 37
8001 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Wer hat Lust, Zeit und Mut zur Fähigkeit, den Posten eines

Mitarbeiters

beim «zürcher student» zu übernehmen, mit der späteren Absicht,

Redaktor

zu werden? Bitte meldet Euch hemmungslos und bald bei der Redaktion. (Die Sommerpause bietet Gewähr für einen sanften Einstieg in die nicht gerade leichte Arbeit.)

Das neue Universitätsgesetz

Die künftige Uni - eine Uni mit Zukunft?

Bisher gibt es im Kanton Zürich kein eigenes Gesetz über die Universität: Das Universitätsrecht ist festgelegt im verständlicherweise teils überholten Unterrichtsgesetz von 1859 und in der Universitätsordnung von 1920. Seit Beginn der 60er Jahre arbeitet die Regierung deshalb an einer grundlegenden Revision des Unterrichtsgesetzes. Dieses selbst soll nur noch das Dachgesetz sein, das den Zusammenhang der verschiedenen Bildungsanstalten festlegt. Die verschiedenen Schultypen sollen durch eigene Gesetze abgedeckt werden (bei der Volksschule gibt es ein solches bereits): ein Lehrerbildungs-, ein Mittelschul- und eben ein Universitätsgesetz. Nach den Gesetzen der Logik und zur besseren Orientierung des Stimmbürgers müsste eigentlich zuerst das Dachgesetz als übergreifendes, den Stellenwert der Schulen klärendes Gesetz vorgelegt werden. Aber ED-Chef Gilgen wollte es anders: Am 7. Mai 1975 veröffentlichte der Regierungsrat den Uni-Gesetz-Entwurf. Dieser wird seit etwa einem Jahr von einer 15köpfigen kantonsrätlichen Kommission beraten. Diese Vorberatung nähert sich ihrem Ende. Vermutlich im Herbst wird der Kantonsrat das vorletzte Wort haben, bevor Anfang nächsten Jahres das Volk entscheidet, wie die künftige Universität Zürich aussehen soll. Die Redaktion hat daher Kantonsrat Dr. Werner Sieg, SP-Mitglied der Vorberatenden Kommission, gebeten, Sinn und Widersinn des Entwurfs vorzustellen. Red.

1. Die Zusammenarbeit von Universität und Kanton

Nach heutigem Recht ist für die unmittelbare Leitung der Universität die *Hochschulkommission* (HK) verantwortlich. Ihr übergeordnet ist der *Erziehungsrat* (ER).

Der ER (Zusammensetzung s. Grafik) «berät Regierungsrat und Erziehungsdirektion in Fragen der Erziehung und Bildung». Damit hat der ER in unserem Bildungswesen eine Schlüsselposition. Er koordiniert die verschiedenen Schulen, er beaufsichtigt und leitet sie, er kann Entwicklungen fördern oder blockieren.

Im Rahmen seiner Aufsichtspflicht übt der ER auch die Aufsicht über die Hochschule aus. Um ihm diese zu erleichtern, wurde die Hochschulkommission eingesetzt. Ihr Präsident ist ebenfalls der Erziehungsdirektor (heute Dr. Gilgen), weiter sind in diesem Gremium vier vom Regierungsrat gewählte Mitglieder (davon zwei Erziehungsräte) und der Rektor vertreten. Mit beratender Stimme nimmt seit 1972 auch je ein Vertreter der Dozenten, Assistenten und Studenten an der Sitzung teil.

a) **Der neue Universitätsrat**

Im neuen Universitätsgesetz wird die HK aufgehoben. Auch der ER soll sich in Zukunft nur noch am Rand mit der Universität befassen. Für diese allein wird ein neuer *Universitätsrat* zuständig. Dieser übt die Aufsicht über die Universität aus, er ist dem ER nicht mehr unterstellt.

Zankapfel Universitätsrat

Der 11köpfige UR, in dem 4 Universitätsmitglieder sitzen (s. Grafik), hat sehr wichtige Befugnisse. Er erlässt die Universitätsordnung, die das Universitätsgesetz, ein Rahmengesetz, erst eigentlich «füllen» wird. Er erlässt auch alle Studienreglemente, Prüfungs-, Promotions- und Disziplinarordnungen. Es gibt im Kantonsrat auch Bestrebungen, ihn auch den neuen Rektor wählen zu lassen.

Um den UR wird es noch zu ausgedehnten Kontroversen kommen. Diese drehen sich einerseits um die Zusammensetzung des Gremiums, andrerseits um seine Kompetenzen, wobei beides sehr eng zusammenhängt. Es ist offensichtlich, dass in der heutigen regierungsrätlichen Form der UR jegliche *Autonomie der Universität* verhindert. In ihrer Vernehmlassung vor der kantonsrätlichen Kommission hat dies denn auch die Studentenschaft deutlich hervorgehoben. Die Studenten fordern daher einen Abbau der Kompetenzen des UR zugunsten inneruniversitärer Gremien. Gleichzeitig soll der UR mindestens zur Hälfte von Mitgliedern aus den Kreisen der Universität gestellt werden.

Die Aufgaben des neuen Uni-Gesetzes

Das Universitätsgesetz wird ein Rahmengesetz sein. Genauere Ausführungsbestimmungen werden, wie bisher, in einer Universitätsordnung zusammengefasst werden. Die Aufgaben des neuen Gesetzes sind:

1. Regelung der Zusammenarbeit von Kanton und Universität: Aufsicht über die Universität, durch wen und wie; in welchem Masse Uni-Autonomie; die Stärke des Verwaltungseinflusses und der politischen Kontrolle der Universität.
2. Bestimmung des inneren Aufbaus der Universität: unmittelbare Leitung der Uni durch wen; Entscheidungsbefugnisse über Forschung und Lehre, Organisation der Universitätsangehörigen (Zwangskörperschaft oder nicht?), Zulassungsbedingungen, Mitbestimmungsrechte der Uni-Angehörigen.

Im weiteren greift das Gesetz auch dem Dachgesetz vor: z.B. bei der Lehrerbildung, wo die Zusammenarbeit von Universität und anderen Schultypen geregelt wird.

Vor Kantons- und Regierungsrat sind das utopische Forderungen. Hier will man eine politische Kontrolle der Universität. Dabei stehen sich zwei Konzeptionen gegenüber: die der Regierung und die des Freisinns. Der Freisinn setzt sich für einen politischen UR ein, in dem die Universität nicht vertreten ist. Daraus ist zu schliessen, dass dann einige wenige Kompetenzen des UR in die Universität hineinverlegt würden, die wichtigsten allerdings beim UR blieben (Erlass der Universitätsordnung usw.). Diese völlige Entmachtung der Universität wird vor allem von der SP bekämpft. Die ursprüngliche Forderung nach weitgehender Autonomie der Universität allerdings, wie sie die Sozialdemokraten in ihrem Modellentwurf einer Zürcher Universität 1972 erhoben hatten, ist heute ohne die geringsten Chancen. Welche der beiden Konzeptionen, die der Regierung oder die des Freisinns, sich durchsetzen wird, ist noch nicht abzusehen.

b) **Der neue Rektor**

Mit dem bisherigen hat der neue Rektor nichts mehr zu tun. Er wird in Zukunft die Fakultäten beaufsichtigen, die nur noch über ihn mit der Regierung verkehren können. Gleichzeitig verfügt er über die bewilligten Kredite, stellt Antrag für neue Stellen und kann zu jedem Antrag von Universitätsangehörigen an UR oder Regierung Stellung nehmen. Der Rektor kontrolliert und leitet direkt die Arbeit an der Universität. Er ist daher mehr ein administrativer Direktor, ein Mann der Verwaltung, als ein Rektor «der alten Schule», der eher eine repräsentative Funktion zu erfüllen hatte. Dem entspricht, dass ihm Vizerektoren unterstellt werden und er sein eigenes Rektoratsbüro mit weiterem Personal zur Verfügung hat.

Wer wählt den starken Mann?

Die grossen Kompetenzen des Rektors sollen die Aufsicht über den Lehr-, Forschungs- und Dienstleistungsbetrieb der Fakultäten verbessern. Gleichzeitig soll damit die Entwicklung der gesamten Universität besser koordiniert werden, indem es nicht mehr möglich sein soll, dass sich einzelne Dozenten oder Institute mit geschickten Verhandlungen mit der Regierung besondere Privilegien auf Kosten anderer erwerben. Die neue Position des Rektors wird denn auch unter den Parteien nicht umstritten sein.

Streit gibt es nur bei der Frage nach dem Wahlgremium für den Rektor, der in der Regel aus dem Kreis der Dozenten auf 4 Jahre gewählt werden soll. Die Regierung möchte diesen wichtigen Mann selbst wählen, alle Angehörigen der Universität möchten ihn durch den Senat wählen lassen, eine Forderung, die die SP unterstützt. Als Kompromiss bietet sich die Wahl durch den UR an.

2. **Der innere Aufbau der Universität**

Autonomie besitzt die Universität nach dem neuen Gesetz nicht. Dementsprechend sind denn auch die inneruniversitären Gremien im Vergleich mit UR oder Rektorat von untergeordneter Bedeutung. Meistens stellen sie bloss Anträge oder werden zu Vernehmlassungen eingeladen.

An den meisten bisherigen, bekannten Institutionen ändert sich grundsätzlich kaum etwas. Neu konzipiert wird einzig der Senat. Dazu bringt das Gesetz eine allerdings stark eingeschränkte Mitwirkung von Assistenten und Studenten in universitären Gremien.

a) **Der Senat**

Der Senat wird 60 Personen umfassen (Zusammensetzung: s. Grafik). Dieses Mammutgremium wird relativ unbeweglich sein, der Präsident hat wahrscheinlich einen bestimmenden Einfluss. Die wichtigsten Rechte des Senats sind in Zukunft wohl die Wahl von drei Angehörigen des UR und die Antragstellung an ausseruniversitäre Organe wegen bestimmter Sachgeschäfte. Ein *Senatsausschuss* wird beibehalten, der Verteilungsschlüssel des Senats soll auch in den *Fakultäten, Instituten* und *Abteilungen (z. B. in Seminarkonferenzen) gelten.*

b) **Lehr-, Lern- und Forschungsfreiheit**

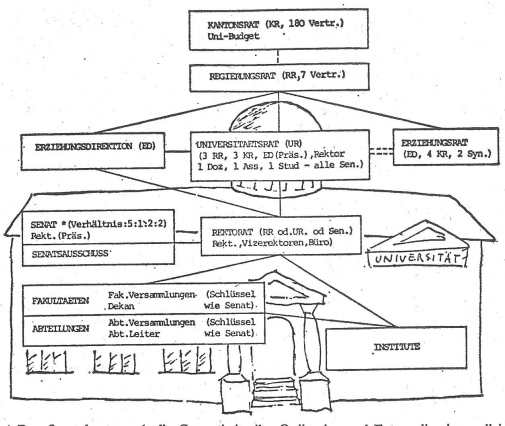
In den Grenzen der den akademischen Lehrern übertragenen Lehraufträge bleibt die Lehr- und Forschungsfreiheit gewährt. Eine eigentliche Koordination z. B. der Forschung etwa im Zusammenhang mit anstehenden wichtigen gesellschaftlichen Problemen wird nicht angestrebt. Auch in dieser Beziehung bleibt alles beim alten.

c) **Die Angehörigen der Universität: Zwangskörperschaft**

Die Umschreibung der Angehörigen der Universität ändert sich im neuen Entwurf gegenüber der früheren Universitätsordnung nur unwesentlich. Zu Kontroversen könnte es vielleicht bei den Nebenverdiensten der Professoren kommen, wo die Sozialdemokraten bereits im Gesetz restriktivere Massnahmen verlangen, als bisher vorgesehen sind.

Wer hat wo was zu sagen?

V: vom Volk gewählte Mitglieder
RR: vom Regierungsrat gewählte Mitglieder
KR: vom Kantonsrat gewählte Mitglieder
Syn: von Lehrersynoden gewählte Mitglieder
Sen: vom Uni-Senat gewählte Mitglieder
ED: Erziehungsdirektor
Rekt: Rektor der Universität



* Der *Senat*, heute noch die Gesamtheit aller Ordinarien und Extraordinarien, soll in Zukunft nach folgendem Verteilungsschlüssel zusammengesetzt sein: auf 5 vollamtliche Dozenten kommen 1 nebenamtlicher Dozent, 2 Assistenten und 2 Studenten. Da die grossen Fakultäten (Jus und Phil. I) 15, die mittleren (Medizin, Phil. II) 10 und die kleinen (Theologie, Veterinärmedizin) 5 Vertreter erhalten, wird sich der Senat aus 60 Personen zusammensetzen. Er wird vom Rektor und nicht einem eigenen Senatspräsidenten geleitet.

Freisinn gegen Gilgen?

Im Mittelpunkt der Diskussion aber steht die sog. *Zwangskörperschaft* der Studierenden. Diese umschreibt im Entwurf der § 55 so: «Der Regierungsrat *kann* durch Verordnung Bestimmungen über den Zusammenschluss der Studierenden zu einer öffentlichrechtlichen Körperschaft erlassen.»

Die Regierung hat sich mit ihrer Kann-Formel prinzipiell für die Zwangskörperschaft ausgesprochen.

Die sogenannte Mitbestimmung

Die «Mitbestimmung» von Studenten und Assistenten in allen Gremien wird vierfach eingeschränkt, genauer gesagt, verhindert:

1. *Die Gruppenvertreter im UR werden durch den von Dozenten (hauptamtliche: 50 Prozent, nebenamtliche: 10 Prozent) dominierten Senat gewählt: Die Dozenten also bestimmen, wer die Studenten und Assistenten im UR vertritt.*
2. *Die Geschäfte der Uni-Organe und -Kommissionen unterstehen der Schweigepflicht. Das heisst nichts anderes, als dass der Studenten- oder Assistentenvertreter nicht einmal die andern Studenten und Assistenten über seine Arbeit informieren darf.*
3. *Assistenten und Studenten dürfen auch bei der Beschlussfassung über Prüfungsleistungen, Habilitationen, Berufungen usw. nicht mitwirken, wenn sie die entsprechenden Prüfungen usw. nicht bereits selbst abgelegt haben – was bei den Studenten wohl praktisch nie der Fall sein wird.*
4. *Ein Auftrag im Sinn eines gebundenen Mandats wird verboten.*

Allerdings hält sie sich die Hintertür offen, dass sie in bestimmten Situationen die Studentenschaft für eine bestimmte Zeit auflösen kann. Befürworter der Zwangskörperschaft sind – neben der offiziellen Studentenschaft – auch die Sozialdemokraten.

Bekämpft wird die Zwangskörperschaft vor allem vom Freisinn, der hier ganz im Fahrwasser der jungliberalen Gruppe segelt, die eng mit einigen freisinnigen Kantonsräten zusammenarbeitet. Dem Freisinn geht es um folgendes:

Der «linken» Studentenschaft, wenn man sie schon in demokratischen Wahlen nicht dominieren kann, sollen jegliche finanzielle Kompetenzen verweigert werden. Sie soll nicht über eigene, mit dem Semesterbeitrag eingezogene finanzielle Mittel verfügen. Dadurch würden selbstverständlich sowohl die Herausgabe der eigenen Zeitungen als auch die Arbeit des KStR (und sekundär wohl auch des VSS) verunmöglicht.

Dass bei der Aufhebung der Zwangskörperschaft auch die übrigen sozialen Einrichtungen, die von der Studentenschaft betrieben werden, eingehen müssten, ist dem Freisinn klar. Die Interessengruppe Hochschule (jungfreisinnig) versucht daher schon heute in einer Dokumentation zur «Frage der Studentenschaft im neuen Unigesetz» nachzuweisen, dass die Dienstleistungen der Studentenschaft nur 4,6% ihrer gesamten Ausgaben ausmachen, wobei man u. a. einfach – in neuer und durchaus origineller betriebswirtschaftlicher Sicht – die Ausgaben für Information und VSS-Dienste beispielsweise nicht zur Dienstleistung rechnet.

Die Stossrichtung des Freisinns ist offensichtlich: Die Abschaffung der Zwangskörperschaft würde dazu führen, dass es keine offiziellen, demokratisch gewählten Organe der Studentenschaft mehr gäbe. Dadurch würden private Zeitungen und Interessengruppen, die bis jetzt eindeutig in Minderheit sind, die Möglichkeit erhalten, dank ihrem finanziellen Rückhalt im Namen aller Studenten auftreten zu können. – Man beachte schon jetzt die pseudooffiziellen Namen solcher Zeitungen («Schweizerische Akademiker- und Studentenzeitung», «Hochschulzeitung») und Organisationen (Interessengruppe Hochschule).

Das ist denn auch der Grund, weshalb Erziehungsdirektor Gilgen ein Befürworter einer offiziellen Studentenschaft ist. Er möchte bei den Studenten Gesprächspartner haben, die von den übrigen Studenten dazu legitimiert wurden, für die Gesamtheit zu sprechen. Im übrigen brächte der Verzicht auf die Zwangskörperschaft – neben den sozialen Nachteilen – auch Schwierigkeiten bei der Wahl der Delegationen von Studenten in die universitären Gremien.

d) **Numerus clausus und Immatrikulation**

Das neue Gesetz gibt dem Regierungsrat das Recht, einen Numerus clausus für schweizerische und ausländische Studierende einzuführen. Da praktisch alle Parteien gegen den NC sind (zumindest verbal), versucht man im Gesetz neu auszudrücken, dass dieser nur in äussersten Notfällen eingeführt werden könne. Die SP wird verlangen, dass Beschränkungen nur zulässig seien, wenn die vorhandenen räumlichen und personellen Kapazitäten nachgewiesenermassen nicht ausreichen. Gleichzeitig soll der NC nur befristet eingeführt werden. Der Befristung zumindest wird der Kantonsrat wohl zustimmen.

Mitbestimmungsfarce

Für die Immatrikulation bleibt neben dem neuen UR der ER zuständig. Eine Öffnung der Universität als eine Art Volksuniversität, ein Zentrum der Erwachsenenbildung, wie es z. B. die SP in ihrem neuen Bildungskonzept fordert, wird nicht in Betracht gezogen.

e) **Mitbestimmungsrechte der Universitätsangehörigen**

Assistenten und Studenten erhalten, wie bereits ausgeführt, neu mit vollem Stimmrecht Zugang zu den universitären Gremien (in Abteilung, Institut, Fakultät, Senat und UR). Von der in der Euphorie von 1968 geforderten *Drittelsparität*, die etwa noch die Sozialdemokraten in ihrem Modell von 1972 uneingeschränkt vertraten, ist dennoch nur wenig geblieben. Studenten und Assistenten bleiben in allen Gremien bei weitem in Minderheit. Aber damit nicht genug: Ihre *Mitbestimmungsrechte werden vierfach eingeschränkt* (s. Kasten). Diese «Mitbestimmung» ist ganz einfach ein Farce.

Die Chancen dieses Gesetzes, das fern von allen studentischen Reformvorstellungen und von den bildungspolitischen Konzeptionen der SP ist, im Kantonsrat und vor dem Zürcher Volk sind nicht leicht abzuschätzen. *Werner Sieg*

Technokratische Reform mit konservativem Einschlag

Das neue Universitätsgesetz bringt eine technokratische Reform mit konservativem Einschlag. Durchaus im Sinne der technokratischen Reformideen der sechziger Jahre, die jetzt in Westeuropa so langsam durchgesetzt werden, ist die Verstärkung der Universitätsleitung mit Hilfe des neuen Rektors und des Universitätsrates. Ziel dieser verstärkten Leitung ist eine bessere Effizienz des universitären Betriebes, das heisst, es geht darum, die Studiengänge zu kürzen, die Selektion unter den Studierenden rascher vorzunehmen, bessere Kontrollen über Sinn und Unsinn der ausgegebenen Gelder zu erhalten, die Universität den Bedürfnissen von Staat und Wirtschaft besser anzupassen. Allerdings wird – und dies ist das konservative Element des Gesetzes – in weiten Bereichen des Lehr- und Forschungsbetriebes weiterhin alles von den einzelnen Ordinarien abhängen, deren Machtbefugnisse nicht wesentlich beschränkt werden.

Diese Situation wird in Zukunft wohl dazu führen, dass sich Technokraten (Verwaltung, Uni-Leitung) und Konservative (Mehrheit der Ordinarien) um die Macht und den Einfluss an der Universität streiten werden. (Wohin das führen kann, zeigt vielleicht die neue Promotionsordnung der Juristen an.) Bei diesen Auseinandersetzungen wird der zukünftige Rektor eine entscheidende Rolle spielen; es ist daher nur zu verständlich, dass gerade um seine Wahl ein Tauziehen zwischen Regierung und Dozenten entstanden ist. Im übrigen hält sich die Verwaltung, also die Erziehungsdirektion, im Gesetz mannigfache Möglichkeiten zum Eingreifen offen. Anzunehmen ist, dass solche Eingriffe, falls sie politisch relevant sind, eher zugunsten der technokratischen Richtung innerhalb der Universität erfolgen werden.

Neben den Technokraten traten um 1968 auch die Neuen Linken an, um die alte Ordinarienuniversität aus den Angeln zu heben. Von jenen Ideen findet man im Gesetz praktisch nichts. Die Mitwirkungsrechte von Studenten und Assistenten sind so beschnitten, dass sie fast nur noch Alibi-Charakter haben. Neben der Mitbestimmung fehlt aber u. a. auch die Öffnung der Universität für breitere Schichten zur Erwachsenen- und Weiterbildung oder die Verpflichtung der Universität auf das Ziel hin, «den sozialen, technischen, wirtschaftlichen, kulturellen usw. Fortschritt insofern voranzutreiben, als dabei der Mensch aus entfremdenden Abhängigkeiten befreit wird», um das SP-Modell von 1972 zu zitieren.

Abgelehnt wird das Universitätsgesetz bis anhin eigentlich nur von der Studentenschaft. Die Assistenten haben sich zurückhaltend geäussert, die Dozenten scheinen, abgesehen von der Rektorenwahl, mit dem Gesetz durchaus zufrieden zu sein.

Von den politischen Parteien möchten vor allem Freisinn und Sozialdemokraten noch Änderungen erreichen. Dem Freisinn geht es um eine Vertiefung der technokratischen Elemente der Reform durch eine weitere Stärkung der Leitung («politischer» UR) und einen weiteren Abbau der Mitwirkungsrechte der Studenten und Assistenten. Die SP andrerseits versucht vor allem, die Mitbestimmung der vom Gesetz Betroffenen (gesamte Universität, besonders Assistenten und Studenten) zu verbessern, den Einfluss der Verwaltung einzudämmen und gewisse Privilegien der Ordinarien abzubauen. Die andern Parteien sind zum grossen Teil mit dem Gesetz zufrieden. Es ist wahrscheinlich, dass das neue Universitätsgesetz bei der Volksabstimmung von den bürgerlichen Parteien unterstützt, von der Linken bekämpft werden wird.

Werner Sieg

Moderne Aus- und Weiterbildung
Audio-visuelle, vollprogrammierte Kurse.
Individuelle Betreuung, keine Klassen.
• **Buchhaltung** • **Steno Deutsch + Englisch** • **Maschine-Schreiben + Briefgestaltung** • **Sprachen**
Beginn jetzt. Freie Wahl der Kursstunden 8–20 h
01/27 15 00 SIGHT + SOUND
8001 Zürich, Ustemstrasse 19/Löwenplatz 9

Die Professoren Ruiz-Giménez und Holz in Zürich

Professoren-Import

Es kommen natürlich ständig Dozenten aus dem Ausland an unsere Hochschulen, um den wissenschaftlichen Austausch zu pflegen. Sie referieren meist über Probleme ihres Faches, etwa über «Den Gebrauch der Konjunktion bei Thomas Mann», oder über «Das Brutverhalten der grossen Waldameise (formica gigantica)». Gegen diese fachspezifischen Importe ist nichts einzuwenden, es sei denn dies, dass sie nicht eben ein breites akademisches Interesse abdecken. Unter diesem Aspekt sind zwei Initiativen zu würdigen, welche für einen wirklich frischen Wind an der Uni sorgten. Kurz allerdings nur, aber doch so, dass man erfahren konnte, welchen fortschrittlichen Geist solche Dozenten verbreiten. Gemeint ist die Einladung des spanischen Oppositionspolitikers Joaquin Ruiz-Giménez durch die Forschungsstelle für Politische Wissenschaften und die schweizerische Sektion der Minority Rights Group, sowie die Gastvorlesung von Hans-Heinz Holz auf Veranlassung des Kleinen Studentenrates. rk.

Die besondere Brisanz an der Person von Joaquin Ruiz-Giménez ist der Umstand, dass er früher, an der Seite Francos, wichtige politische Funktionen besetzt hat. So war er spanischer Gesandter beim Vatikan und auch Erziehungsminister. Mit Fug und Recht kann also von ihm gesagt werden, dass er in Spanien auf der Seite der Reaktionäre stand. Ruiz-Giménez gibt dies selbst zu, er will an seiner Vergangenheit nichts zurechtbiegen. Diese Offenheit, welche in der Politik selten anzutreffen ist, verleiht ihm jene Glaubwürdigkeit, welche er heute als führendes Mitglied der «Demokratischen Linken», das heisst der progressiven Christdemokraten, geniesst. Prof. Ruiz-Giménez hat also einen politischen Kurswechsel eingeschlagen und muss gerade darum ernst genommen werden. Als Kenner der politischen Rechten in Spanien, als reformfreudiges Mitglied dieser Rechten hat er viele Abfuhren erlitten. Vielleicht hat ihn diese Erfahrung auf den neuen Standpunkt gebracht, vielleicht auch die Einsicht in die Ungerechtigkeiten seines Landes.

Spanien und seine Minderheiten

Prof. Ruiz-Giménez entwickelte in seinem Vortrag über Minderheitenprobleme weniger eine wissenschaftliche Grundlage zum Verständnis und zur Untersuchung von Minderheiten. Sein Referat lief vielmehr auf eine Einschätzung der relevanten Minderheiten in Spanien hinaus, worunter er vor allem die Basken, die Andalusier und die Katalanen zählt. Merkmal dieser Minderheiten ist, neben spezifischen Eigenheiten solcher Gruppen wie Absenz bei der Regierungsmacht, Bewusstsein der Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit usw., dass die Ursache ihrer Existenz in sozialökonomischen Gegebenheiten Spaniens zu suchen ist. Daraus leitet Ruiz-Giménez ab, dass der Weg zum Fortschritt in Spanien nicht an diesen Minderheiten vorbeigehen kann. Ruiz-Giménez zählt noch weitere Minderheiten auf, zum Beispiel die Militärdienstverweigerer; er unterliess auch wichtige, die Frauen zum Beispiel, oder auch die politische Opposition, worauf ihn ein Zuhörer hinwies. Verdienstvoll und für die Uni Zürich ungewöhnlich ist die Tatsache, dass ein Universitätsdozent sich mit seiner ganzen Person für eine fortschrittliche Entwicklung einsetzt und trotzdem für seine (studentischen) Zuhörer glaubwürdig bleibt. Wir sind es ganz einfach nicht gewohnt, dass auch Professoren fortschrittliche Standpunkte vertreten und ihre Wissenschaft zur Erweiterung und Vertiefung dieses Standpunktes einsetzen. Das Besondere an diesem Import also, und darüber hinaus Import aus einem politisch rückständigen Land, ist seine Funktion bei den Studenten: nicht zuerst dass sie etwas Neues erfahren, sondern dass sie erfahren, dass ein fortschrittlicher Standpunkt nicht kriminell ist.

Demokratie im Marxismus

Inhaltlich anschliessend kann vom Gastreferat von Hans-Heinz Holz die Rede sein, jenem an der Berner Uni von konservativen Kreisen abgewimmelten Professor für Philosophie. Holzens Qualifikation stand, auch in Bern nicht, nie zur Debatte. Zur Debatte stand, und steht hier, der Umstand, dass auch Professoren marxistisch sein können. Allerdings ist die Stellung von Holz weniger gefestigt als etwa jene von Ruiz-Giménez, weil er einen offenen marxistischen Standpunkt vertritt. Trotzdem ist er Professor (in Marburg) und stellt er also seine Probleme im und um den Marxismus. Seine wissenschaftliche Seriosität bildet den Anknüpfungspunkt, der ihm nicht nur Zuhörer desselben Standpunktes sichert. Und dieses ist die positive Funktion seines Status. Würde dasselbe Thema vom Studenten X. behandelt, er stünde vor leeren Bänken.

Holz behandelte die «Öffnung» im Marxismus und Kommunismus. Damit ist jene (theoretische) Strömung hauptsächlich im italienischen Marxismus gemeint, welche die Veränderung der Gesellschaft zu einem wirklich demokratischen Staat nicht notwendig über den Krieg entwickelt. Revolution muss nicht gewaltsam sein, könnte als Thema dieser Marxisten gelten. Für jene Marxisten aber, welche in sozialistischen Ländern wirken, stellt sich dieses Problem ganz anders. Die Erfahrungen des «Stalinismus» haben dort zu Weiterentwicklungen geführt, welche so zusammengefasst werden können: Sozialismus darf nicht gewaltsam sein. Dass im italienischen Kommunismus schon seit Gramsci, Togliatti und Della Volpe eine Theorie im Entstehen ist, welche sich vom Bild der Gewalt der russischen Revolution löst, erklärt mit die Tatsache, dass in Italien der Marxismus nicht mehr verteufelt werden kann. Sind es doch, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, in Italien gerade die Kommunisten, welche das Vertrauen der Bevölkerung geniessen. Es ist nicht zuletzt diese Einsicht, welche auch Ruiz-Giménez auf den Standpunkt bringt, dass Spanien ohne Kommunisten keine Demokratie sein kann. (Die Opposition in Spanien vereinigt Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten.) Diese Verhältnisse aber sichern dem politischen Prozess eine Form, welche nicht zulässt, dass radikale Kritiker und Anhänger von grundlegenden Reformen einfach mundtot gemacht werden können.

In der Schweiz aber ist dies leider mitnichten der Fall. Die Sprachrohre der Kritiker sind schwach. Die Linke hat kein theoretisches Zentrum. An den Universitäten fehlt eine fortschrittliche Dozentenschaft. Sie muss noch immer importiert werden.

Direkthilfe für Härtefälle

Es zeigt sich, dass immer wieder Studierende in kurzfristig auftretende wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Für eine einmalige Direkthilfe gibt es einen Härtefonds der Universität, der von der Kommission für Härtefälle verwaltet wird. Diese besteht aus den unten aufgeführten Personen. Die Hilfe durch den Härtefonds wird als eine unmittelbare Sozialleistung verstanden und erfolgt bei voller Diskretion.

Stipendiatenberatung (Herr Th. Brassel, VDM), Schönberggasse 2, 8001 Zürich, Tel. 32 62 41 (int. 2226).

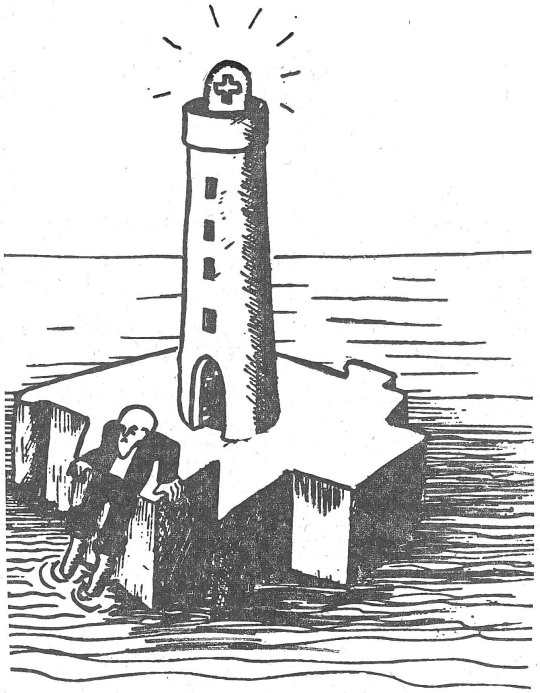
Psychologische Studentenberatungsstelle beider Hochschulen Zürichs (Herr Dr. phil. E. Teuwsen), Wilfriedstrasse 6, 8032 Zürich, Tel. 34 10 88.

Studentenbetreuung der beiden Hochschulen in Zürich (Frau A. Kerkhoven), Sonneggstrasse 27, 8006 Zürich, Tel. 47 33 17.

Katholische Studentenseelsorger (P. Dr. A. Ziegler), Hirschengraben 86, 8001 Zürich, Tel. 47 99 50.

Evangelisch-reformiertes Hochschulpfarramt (Herr Pfr. H.-A. Ritter), Hirschengraben 7, 8001 Zürich, Tel. 32 87 55.

Kleiner Studentenrat (Frl. R. Flury), Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Tel. 32 92 87.



Zwang zur Solidarität oder zwingende Solidarität?

161 215 Zürcherinnen und Zürcher sind dagegen, den Flüchtlingen fünf Jahre lang 1,7 Millionen Franken bereitzustellen. Nur 102 137 dafür. Dies, obwohl Parteien und Medien sich praktisch einhellig für den «Akt der Solidarität» einsetzten. Obwohl Professoren, Rektoren, Studenten und viele andere für die Flüchtlinge auf die Strasse gegangen sind. Trotz einer gut geführten Kampagne des Aktionskomitees «Ausbildungshilfe für Flüchtlingsstudenten», ein Komitee, in dem (mit Ausnahme der studentischen Rechten) Organisationen und Einzelpersonen zusammenfanden, die unterschiedlicherer politischer Herkunft kaum sein könnten.

Warum die doch bestimmte Ablehnung?

Kaum zutreffend ist das Argument der studentischen Rechten, wir Studenten selbst hätten das Volk «vertäubt» durch jahrelange Politisiererei und Revoluzzertum. Die Erfahrungen der Professoren und Studenten mit dem Volk zeigen etwas anderes: Vielen Stimmbürgern war der Unterschied von Flüchtlingen und Ausländern nicht klar. «Flüchtlinge = Ausländer, und Ausländer müssen wir jetzt gewiss nicht unterstützen, wir haben genug eigene Probleme.» Und viele meinten, auch sie, auch ihre Kinder hätten nicht studieren können, warum dann den «Ausländern» noch helfen?

Die Nationale Aktion hat es verstanden, all diese Vorurteile und Missverständnisse gegenüber den «Fremden», den «Studierten» zu mobilisieren. Der Erfolg ihrer bildungsfeindlichen und antisozialen Haltung treibt die NA zum Weitermachen. NA-Kantonsrat Werner Haesler will im kommenden Uni-Gesetz jene Passagen bekämpfen, die eine Stipendienberechtigung auch für Ausländer vorsehen. Von da bis zum Referendum gegen die Stipendien überhaupt ist es nicht mehr weit...

Angesichts dieses Scherbenhaufens ist es für uns Studenten zwingend, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Erfolg der freiwilligen Einzahlung des Semesterbeitrags in diesem Sommer zeigt, dass dies im allgemeinen auch eingesehen wird. Und das deutliche Ergebnis der Urabstimmung zeigt, dass auch die Erhebung eines 5fränkigen obligatorischen Beitrags richtig ist. Die Argumentation der linken Fraktion im GStR, die die Nein-Parole ausgab, vermag nicht zu überzeugen. Wohl ist es nicht Aufgabe der – minderbemittelten – Studenten, Aufgaben des Staates, die Wahrung von Chancengleichheit in der Bildung, zu übernehmen. Allein: eine Nein-Parole angesichts der Lage der Flüchtlingsstudenten ist damit nicht gerechtfertigt. Solidarität müsse freiwillig bleiben – ein gefährliches «Argument» für Gruppen, die die verfasste Studentenschaft (samt Zwangsbeiträgen) erhalten wollen, und in diesem speziellen Fall auch sachlich nicht zu rechtfertigen.

Auch die Redaktion des «zürcher student» und des «konzepts» hat deshalb für die fünf Flüchtlingsfranken gestimmt. Es ist dies ein Fall, wo man die Betroffenen direkt – wenn auch kaum genügend – unterstützen kann und muss. Es wäre begrüssenswert, wenn auch die Bestrebungen unter den Hochschulprofessoren für aktive Unterstützung von Erfolg gekrönt würden.

Solidarität kann keine freiwillige Geste sein, Solidarität ist zwingend.

Redaktion «zürcher student»

«Retten, was noch zu retten ist!»

Spenden werden mit dem Vermerk «Flüchtlingsstipendien» auf drei Postscheckkonten gesammelt:

- **Aktionskomitee «Ausbildungshilfe für Flüchtlinge»**
  PC 80 - 29220
- **Arbeiterhilfswerk**
  PC 80 - 188
- **Komitee «Schweiz 80»**
  PC 80 - 39200

Studienzeitbeschränkung für Phil.-Ier

Humboldts Geist angegriffen!

In diesem Artikel soll am Fall Studienzeitregelung aufgezeigt werden, wie teuer der Schlaf des ehemaligen Fakultätsausschusses der Phil.-I-Studenten zu stehen kommen kann.

Der jetzige Fachschaftsausschuss wurde erstmals am 19. Januar 1976 über die Studienzeitregelung informiert. Also gerade als er formal wieder zu funktionieren begann. Und dann kam im Wonnemonat Mai Schlag auf Schlag die neue Studienzeitregelung. Am 7. Mai wurde der Termin für Einsprachen bekanntgegeben, der 25. Mai, und am 28. Mai formulierte die Fakultät unter Berücksichtigung der Einsprachen ihre Stellungnahme zuhanden des Senats. Der Senat wird diese Stellungnahme in seinem Antrag zur Revision des RSA mit berücksichtigen und diesen der ED vorlegen.

Die Folgen der Studienzeitregelung

Es ist der Beginn der Verschulung der Geisteswissenschaften. Aus der humboldtschen Universität wird eine höhere Fachschule. Professoren werden zu Lehrern und können sich kaum mehr der Forschung widmen, falls sie sich wirklich um eine intensive Studienbetreuung bemühen. Die Dozenten akzeptierten die 12semestrige Normalstudienzeit, um sich für ihre Fakultät einige Ausnahmen (s. Kästlein) zu sichern. Das darf aber nicht zur Idee verleiten, dass das Phil.-I-Studium also doch länger als 12 Semester dauern kann. Diese Verlängerungen sind ja nur für beachtliche Mehrleistungen, die der Student auch erbringen muss, begründet. Das heisst: es bleiben für die Erarbeitung des Studienstoffes nur 12 Semester übrig. Eine fruchtbare Auseinandersetzung mit fremden Fachgebieten oder eine Vertiefung in den Stoff der Nebenfächer ist dem Studenten nicht mehr möglich. Für einen Geisteswissenschafter eine hoffnungslose Ausgangslage! Nachdem die ED die Demokratie schon mit Füssen getreten hat, zerstampft sie nun auch den Geist von Humboldt. Bei diesen Einschränkungen liegt es auf der Hand, dass den Studenten für die ganze Schulzeit (ehemals Studienzeit), also auch für die Verlängerungen, Stipendien zustehen würden.

Die ED will die Studienzeit regeln, bevor die Folgen für die Universität, besonders unserer Fakultät, untersucht werden. Die Macht der selbstherrlichen Chefbeamten der ED liegt in den Reglementen, und deshalb wollen sie diese noch in ihrem Sinne ändern, bevor die Politiker in der kommenden Hochschuldebatte andere Schwerpunkte setzen. Die Zeit ist günstig, denn Gilgen, als öffentlicher Befürworter der Machtkumulation, setzt diesem Treiben ohne politischen Druck kein Ende.

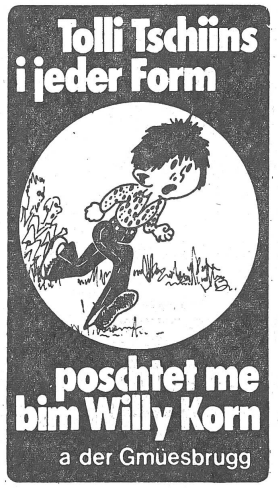
Bessere Organisation auf Fakultätsebene

Wir müssen uns auf der Fakultätsebene sofort besser organisieren, denn eine nächste wichtige Sache wird in der verbindlichen Schlussphase ebenso schnell über die Bühne gehen wie die Studienzeitregelung – das ist politische Realität. Die uns zustehenden Sitze in den Kommissionen und in der Fakultät müssen wir besetzen, auch wenn wir uns mit der pragmatischen Politik der Dozenten nicht einverstanden erklären. Das Antragsrecht, das einem in den entsprechenden Kommissionen zusteht, und die Informationen, die aus diesen ermüdenden Sitzungen herauszuholen sind, sind zwei Sachen, auf die man nicht verzichten darf, will man eine wirkungsvolle Studentenpolitik betreiben. (Sie waren 2 Jahre lang nicht mehr besetzt.)

Das neue FA-Büro hat schon Vorarbeit geleistet. Es arbeitete einen Änderungsantrag für die bestehenden Statuten aus und reglementierte, den Erfahrungen entsprechend, die Studentenvertretungen in der Fakultät.

Im Auftrag des FA-Büros Phil. I
Markus Andenmatten

Auszug aus dem Fakultätsbulletin vom 17. Juni:
«Die Fakultät stimmt der geplanten Studienzeitbegrenzung für Studierende der Philosophischen Fakultät I auf 12 Semester unter der Bedingung zu, dass bei Vorliegen bestimmter Gründe (u. a. Sprachaufenthalt im Ausland, Latinum, Militärdienst, «Werkstudium», zeitaufwendige Archivarbeit oder Feldforschung) Verlängerungsmöglichkeiten auf Antrag des Studierenden gewährt werden können.»



Uni-Studenten solidarisch

Fünf Franken für Ausländer-Studenten

Rund *120 000 Franken pro Jahr* werden die Studentinnen und Studenten der Uni Zürich künftig für ihre ausländischen Kommilitionen aufbringen. Die Antwort auf die beiden Referenden der Nationalen Aktion ist deutlich ausgefallen: mit

1040 Ja (77,5%) gegen 302 Nein (22,5%)

wurde in einer Urabstimmung einer Initiative der Liberalen Studentenschaft (LSZ) zugestimmt, zusammen mit den Semesterbeiträgen fünf Franken für Ausländer-Studenten einzuzahlen. Die Stimmbeteiligung betrug 12,3%.

Die Abstimmungsfrage hatte folgenden Wortlaut:

«Jeder an der Universität Zürich eingeschriebene Studierende bezahlt mit dem Semesterbeitrag einen obligatorischen zweckgebundenen Beitrag von 5 Fr., der zur Unterstützung der ausländischen Schüler und Studenten verwendet wird, deren Studium durch das Referendum der Nationalen Aktion gegen die Wiederäuffnung des Stipendienfonds gefährdet ist.

Auf die Erhebung dieses Beitrags wird verzichtet, sobald die Studienfinanzierung dieser Schüler und Studenten wieder durch die öffentliche Hand übernommen wird.»

Der Entscheid der Uni-Studenten bedarf noch der *Genehmigung durch den Regierungsrat,* um rechtskräftig zu werden. Auch mit den obligatorischen fünf Franken – in diesem Semester wurden drei Franken von rund 60% der Studenten freiwillig eingezahlt – ist der zur Ausrichtung von ausreichenden Stipendien erforderliche Betrag bei weitem noch nicht beisammen. Sammelaufrufe in den Hochschulen sowie in weiteren Kreisen sind deshalb weiterhin dringend nötig. *Red.*

wo d'schtudänte anegönd...

Tea-Room «Vogelsang»
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30,
8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns,
Sie begrüssen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

ZUR KANTOREI
8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62

Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud

Besonders guter Kaffee
Tellerservice ab Fr. 4.80
Tea-Room
Mercury
Lunch-Room
Haldenbachstr. 3, 8006 Zürich
Tel. (01) 47 32 40 Frl. Unger

Preiswert und gut essen im
Rest. «Johanniter»
Niederdorfstr. 70
und Rest. «Gans»
Niederdorfstr. 88
abends ins
jazz-house «Picadilly-Circus»
mit internat. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Schöner Wohnen's
Kafi Neumärt
Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse

Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre.
Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten.
Man trifft sich – man sieht sich im **Neumärt!**

Mrestaurant
Stadelhofen
gut und preiswert

Tea-Room
MAROKKO

Snackes
günstige Tellergerichte
Spezialitäten
zu jeder Tageszeit
kalt und warm
F. Rieder-Harlander
Rämistr. 31, beim Bellevue
vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Restaurant
«am egge»
Froschaugasse 15
8001 Zürich, Tel. (01) 32 13 33

Warme Küche von 11 bis 24 h
Günstige Preise

Café «Studio»
gute Küche, angenehmer Aufenthalt
Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

Was zu verkaufen? Machen Sie doch ein Kleininserat im «konzept». Für nur Fr. 12.– erreichen Sie das gleiche wie in jeder Tageszeitung und unterstützen zudem «das konzept» damit.

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen

Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten
20% Rabatt
auf Brillen
10% Rabatt
auf Sonnenbrillen, Feldstecher, Höhenmesser, Lupen und Kompasse
Harte Kontaktlinsen
und
weiche Kontaktlinsen
Preise auf Anfrage

Ansprechende Auswahl
günstige Preise
finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Öffentliche anthroposophische Tagung in Zürich
vom 16. bis 22. Juli 1976 in der Rudolf-Steiner-Schule, Plattenstrasse 37

Perspektiven der Zukunft
Der Mensch, Bürger dreier Welten
Einleitende Vorträge von Dr. Hans Erhard Lauer zu den Hauptthemen, anschliessend Vorträge von folgenden Rednern:

Mensch und Natur: Dr. med. W. Belart, Dr. M. Martin, Dr. M. Rist
Mensch und Gesellschaft: A. Dollfus, Dr. L. F. C. Mees, Dr. M. Rapold
Mensch und Geistwelt: Dr. G. A. Balastèr, Jakob Streit

Nachmittags: Aussprache mit den Referenten zu den Themen der Vorträge
Fragenbeantwortung – Kurzreferate
Übungskurse in Eurythmie, Sprachgestaltung, Malen, Plastizieren

Eurythmie-Aufführung – Rezitation
Verlangen Sie ausführliches Programm durch Tel. 32 04 26

BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO.
vorm. Hans Raunhardt
8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für
Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur
mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. **Juristisches Antiquariat.**

Perfektes **SCHREIBEN** von Dissertationen und Semesterarbeiten (deutsch, franz., englisch) mit IBM-Kugelköpfen **UND DRUCK** in Offset A4 oder A5, günstig und rasch durch
VERVI GMBH, TELEFON 36 67 62
Brandschenkestr. 6, 8002 Zürich 1
Juli/August: 10% Sommerrabatt

Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes

Zwei der zuverlässigsten Zweiräder

Vespa, der ideale Roller für Stadt und Land, ab Fr. **1895.–**
Ciao, das formschöne Mofa, für alle ab 14 Jahren, ab Fr. **890.–**
Beratung, Verkauf, Service: Tel. 47 32 58
A. Fontana Sonneggstrasse 20, 8006 Zürich

Vom Fernsehen zum Lernsehen

Wie kontrolliert man die Medien, die geheimen Miterzieher? Antworten auf diese Frage, die von Pädagogen besonders seit dem Aufkommen der faszinierenden audiovisuellen Medien gesucht und gegeben worden sind, kann man in einer Arbeit nachlesen, welche einige Zürcher Publizistikstudenten letzten Sommer verfasst und jetzt neu aufgelegt haben. In dem 80seitigen Medienpädagogik-Paper wurde versucht, die Entwicklung der Medienpädagogik-Ansätze aufzuzeigen und die Situation in der Schweiz zu umreissen. Das längere Zeit vergriffene Medienpädagogik-Paper ist wieder für 4 Franken zu beziehen bei: Fachschaft am Publizistischen Seminar, Postfach 201, 8035 Zürich, oder direkt bei der Redaktion «zürcher student»/«das konzept».

Wechsel im Präsidium der Krankenkasse

Hiermit bringe ich zur Kenntnis, dass ich das Präsidium der Krankenkasse beider Hochschulen in Zürich, entsprechend den Bestimmungen der Kassenstatuten in Art. 55, Ziff. 3, delegiert habe an **Herrn Prof. Dr. Mark Hauser,** Professor für theoretische und praktische Sozialökonomie.
Die Geschäftsstelle bleibt weiterhin im Hauptgebäude der ETH-Zi F 10.3.

Hans Nef, Rektor der Universität Zürich

Maschine-Schreiben + Briefgestaltung
Ein Kurs für jedermann Beginn jetzt
Freie Wahl der Kursstunden 8–20 Uhr
Schneller und besser mit dem System
01/27 15 00 SIGHT + SOUND
8001 Zürich, Usteristrasse 19/Löwenplatz

Gruppendynamische Klausurtagungen
Wochenenden, langlaufende Studien- und Balintgruppen
Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:
GAG Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Wangenerstr. 5
8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben . . .

Studentenpreise!
Weisst Du, dass wir Spezialisten sind für
DISSERTATIONS-DRUCK
(auch SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)
und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Dich.
Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Dir für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.
DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich
Tel. (01) 53 69 33

Lehrbücher und Fachbücher für
Technik, Betrieb und Wirtschaft
Alle Neuerscheinungen in unseren Fenstern
Abonnements auf jede Zeitschrift:
Tel. 34 80 48
Buchhandlung zum Elsässer
Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47/32 16 12

Tolle Ferien-Preise
Hosen und Jeans, Hemden und T-Shirts, Wäsche, Strand- und Bademoden, Leder-, Sport- und Freizeitkleidung, führende Marken aus aller Welt . . .
TOMs
Hosenschopf
Preyergasse 6
8001 Zürich
(Ecke Limmatquai 92)
Montag ab 8.30 Uhr durchgehend geöffnet

Ausserordentliche Generalversammlung Gruppe Olten, Biel 19. Juni 1976

«les gens qui écrivent»

Nach einer gemeinsamen Taxifahrt – wir haben einander schon im SBB-Auskunftsbüro getroffen, weil wir alle das «St-Gervais» suchten – kommen wir in den Saal im 1. Stock: An zwei langen Tischen sitzen gegen 40 Leute, mit der Zeit kommen noch etwa zehn dazu, macht zusammen 50 anwesende Mitglieder, wovon 4 Damen und eine Sekretärin. Ein erster, suchender Rundblick ergibt keinen Anhaltspunkt: die prominenten Köpfe – Muschg, Frisch, Diggelmann – sind nicht da.

*

Der Präsident (Peter Lehner) eröffnet die Versammlung, freut sich zu begrüssen usw. Nach kurzer Einführung gibt er die Diskussion über das erste Traktandum frei: ein von sechs Mitgliedern vorgelegtes Papier über das kulturpolitische Selbstverständnis der Gruppe Olten. – Peinliches Schweigen, niemand hat etwas zu sagen. Nachdem Lehner schon beim zweiten Traktandum Zuflucht gesucht hat, trifft Anne Cuneo ein und hebt die Relevanz des von ihr mitbearbeiteten Traktats hervor: M. Boissonnaz, Vertreter der Pro Helvetia, habe nach der letzten GV durchblicken lassen, zwei Schriftstellerorganisationen nebeneinander seien auf die Dauer nicht tragbar und überhaupt scheine ihm ein Schisma zwischen Liebhabern blauer und weisser Hemden vorzuliegen. Deshalb, meint Mme. Cuneo, sei es nötig, das Selbstverständnis der Gruppe zu artikulieren.

Der Herr neben mir packt verärgert seine Akten zusammen und flucht, das sei doch ein Kindergarten. Unterdessen ist nämlich eine Diskussion zustande gekommen, allerdings über die Klausel, die heutige Versammlung sei geschlossen, das heisst ohne Vertreter der Presse und der Pro Helvetia abzuhalten. Lehner setzt mit seiner präsidialen Stimme die Öffnung der Versammlung durch, weil klar ist, dass sich die Klausel vor allem gegen Walter Kauer richtet, der sich an der letzten GV, als Pressevertreter und Mitglied des Schweizerischen Schriftstellerverbands (SSV), mit väterlich-wohlmeinenden Ratschlägen eingemischt hat.

Schliesslich meldet sich der fervente Herr neben mir zum Wort und erinnert daran, er sei ein Vertreter der Pro Helvetia; wenn keine Frage an ihn auftauche, werde er binnen fünf Minuten den Saal verlassen. Dank dieser Drohung verlangt man nun endlich direkt Auskunft: ob und wieviel die Pro Helvetia zu subventionieren gedenke (denn mit diesen Subventionen stehen und fallen die Projekte der Gruppe; gegen den letzten Zahlungsansatz ist noch ein Rekurs der Gruppe hängig). Der SSV bekam bis jetzt dreimal soviel Unterstützung wie die Gruppe, dies soll sich nun bessern: 150 000 und 75 000 Franken. Im gleichen Atemzug dementiert der helvetische Sekretär die Andeutungen des Herrn Boissonnaz, man wolle die Gruppe Olten wieder auflösen, weil man sie als staatsfeindlich erachte. In der weiteren Diskussion gewinnt der SSV das Gesicht einer «Dargebotenen Hand» und Fürsorgestelle für emeritierte Autoren, «les gens qui écrivent, c'est nous!». (Dazu bleibt zu merken, dass der SSV Leute wie Chappaz, Chessex, Golowin, Lötscher, Kauer, allerdings auch Zermatten zu den Seinen zählt.) Das Traktandum wird mit der Forderung abgeschlossen, sich fifty-fifty mit dem SSV in die Gelder zu teilen.

*

Als nächstes steht das vom Vorstand ausgearbeitete kulturpolitische Konzept zur Diskussion. Dieses Konzept schliesst sich an den Clottu-Bericht an und will «die darin enthaltenen Vorschläge zur Verbesserung der Literaturförderung zusammenfassen, ergänzen, konkretisieren und in einen grösseren Rahmen stellen». Verschiedene Vorschläge werden gemacht:

- Gemeinsame Anträge von Schriftstellern, Musikern, Malern usw. sollen durch Parlamentarier als Motionen vorgebracht werden. Parlamentarier sollten eingeladen werden, Mitglieder der Gruppe zu werden.
- In der Pro Helvetia sollten Gesinnungsgenossen plaziert werden, so dass die Gelder leichter fliessen, sie wäre dann das angemessene Instrument der Literaturförderung.
- Die Gruppe hat kein Publikationsorgan.
- An der Universität sollten Plätze für Künstler geschaffen werden.
- Ein metaphorisch zu verstehender Vorschlag ist, die Benennung der Züge (heute sprachliche Wunderwerke wie «Rheingold», «Badezug», «Rasender Roland») dem Schriftsteller als kompetentem Handwerker der Sprache zu übertragen.
- Die Gruppe soll en bloc dem VPOD beitreten. Da damit aber die Subventionen verlorengehen könnten (der Bund darf ja keine parteipolitische Organisation unterstützen), soll zuerst ein Rechtsgutachten darüber eingeholt werden. Der Antrag, genau diese Auseinandersetzung mit der Gesetzgebung zu provozieren, wird hintangestellt.
- Die Mindesthonorargarantie, ein Millionenprojekt, soll – als Provokation gegenüber der Pro Helvetia mit ihrem 200 000-Fr.-Literaturbudget – weiterverfolgt werden. Diese Garantie besteht darin, dass Mitglieder ihre neuen Bücher samt Verlagsvertrag dem Vorstand der Gruppe vorlegen können. Der legt «nach Art und Umfang des Buches, Auflagenhöhe ... und Vermögensverhältnissen des Autors» ein Mindesthonorar fest. Hat der Autor zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Buches dieses Mindesthonorar durch den üblichen Anteil am Verkaufserlös nicht erreicht, so erhält er von der Gruppe die Differenz ausbezahlt.
- Der «Almanach» und die «Zwischensaison», bis jetzt einzig greifbare Aktivität der Gruppe, werden angegriffen, da die Qualität der darin publizierten Texte zu wünschen übrig lässt. Man versucht, die Honorargarantie gegen den Almanach auszuspielen, beschliesst aber, die Garantie und den Almanach, allerdings auf neuer Basis (?), vorwärtszutreiben.

Schliesslich wird der Vorstand beauftragt, die zwei vorliegenden Konzepte in eines mit beiliegendem Forderungskatalog umzuarbeiten, über dieses soll an der nächsten GV an der Uni Zürich, als eine Art Manifest der Gruppe, abgestimmt werden.

*

Die Versammlung hinterlässt widersprüchliche Eindrücke. – Die Frage nach dem theoretischen Selbstverständnis der Gruppe wurde nicht diskutiert; klar ist es aber offensichtlich noch nicht, sonst würden ja nicht Traktate darüber geschrieben. Bei dem Vorschlag, dem VPOD beizutreten, und als jemand die Pro Helvetia als «Patron» bezeichnete, klang ein gewisses Grundverständnis an. So wurde klargestellt, man wolle nicht monarchische Gnadenbeweise in Form von Literaturpreisen und Ermunterungszustupf aus der Hand eines Patrons, sondern regelmässige, festgelegte Bundesbeiträge. Das Konzept, das die Sechsergruppe vorlegte, zeichnete ein deutliches marxistisches Selbstverständnis der «intellektuellen und kulturellen Avantgarde» (wie sie der Volksmund nenne) in ihren unumgänglichen Beziehungen zu den Arbeitern und deren Entfremdung; dies sollte zur Diskussion gestellt werden. Genau diese Diskussion jedoch legte die anwesende Avantgarde in die Hände ihres Vorstands, um später darüber abstimmen zu können! – Ob man jetzt eigentlich eine Gewerkschaft von Wortarbeitern in öffentlichen Diensten sein wolle und wie sich eine solche Gewerkschaft rechtfertige, wurde nicht zielstrebig besprochen.

Grundlegende Interessenkonflikte, vom «Almanach» abgesehen, schienen keine zu bestehen, man war sich irgendwie einig. Dafür wurden einige persönliche Fusstritte ausgeteilt, eine Spaltung zwischen Jungen und Alten blitzte auf.

Trotz alldem zeigte es sich, dass hier Leute verschiedenster Herkunft als eine – wenn auch durcheinander rudernde – Mannschaft in einem Schiff sassen, um in die «Zeit» zu fahren, «die kommen wird, uns in Solidarität zu einen», wie Otto F. Walter in seinem poetischen Abgesang prophezeite. Sprach- und andere Grenzen waren völlig abgeschafft, jeder war um seine Meinung gefragt. Man hatte sich zusammengefunden, um einen Kurs zu finden, und es war sofort klar, dass alle diesen Kurs mitsegeln werden.

vk

Ordentliche GV der Gruppe Olten in der Unteren Mensa:

Schweizer Schriftsteller an der Uni

Am 6. November 1976 findet die nächste ordentliche Generalversammlung der Gruppe Olten in der Unteren Mensa der Universität statt. Die Sitzung ist öffentlich: Jeder, der sich für die Bedingungen interessiert, unter denen in der Schweiz Literatur entsteht, ist herzlich eingeladen.

In der ausserordentlichen GV der Gruppe Olten, über die der obige Artikel berichtet, beschlossen die Schriftsteller, die Einladung der Kulturstelle der Universität anzunehmen und ihre nächste GV in der Unteren Mensa der Universität Zürich durchzuführen. Die Kulturstelle ist der Meinung, dass solche «administrativen» Sitzungen mehr zum Verständnis der heutigen Gegenwartsliteratur beitragen. Damit aber neben diesem Unterricht in Literaturpolitik auch über Literatur geredet werden kann, führt die Kulturstelle am 6. November von 8 bis 15 Uhr eine

Literaturmesse im Lichthof

durch: Schriftsteller haben die Möglichkeit, an Ständen ihre Bücher aufzulegen, und die Besucher können mit den Schriftstellern reden und einen Grossteil der Gegenwartsliteratur kennenlernen. Dies trägt einerseits dazu bei, dass das Publikum die Schweizer Literatur besser kennenlernt, andererseits informiert die Reaktion der Leser die Schriftsteller über den Effekt ihrer Literatur und trägt also zur Weiterentwicklung dieser Literatur bei.

Nach der GV haben dann noch alle die Gelegenheit, mit den Schriftstellern der Gruppe Olten in ein ungezwungenes Gespräch zu kommen am

Unifest

das den kulturellen Tag krönen wird. Über das Unifest haben wir schon viel gesagt. Wir hoffen immer noch, dass sich ausser den Studenten, Assistenten und dem Universitätspersonal auch die Dozenten an der Organisation und natürlich am Fest beteiligen werden, weil das Fest ja dazu dient, Volk und Universität, Kultur und Wissenschaft und Lernende und Lehrende miteinander ins Gespräch zu bringen. Alle, die noch «zum Gespräch bereit» sind, sind deshalb herzlich eingeladen, ans Fest zu kommen. Helfer werden immer gebraucht. (Näheres siehe «Wobü».)

Germanisten fragen Schweizer Schriftsteller:

Wem nützt die Germanistik?

Am 1. Juni haben wir vom Germanistenvorstand aus eine Veranstaltung mit dem Titel «Soll Literatur durchforscht werden?» durchgeführt. Wir gingen davon aus, dass die Germanistik eine in sich befangene Wissenschaft sei, ohne Relevanz für weitere denn germanistische Kreise, ohne wirklich aktive Rolle in der Literaturrezeption, und dass die Zweifel breiter Kreise am Sinn der Literaturwissenschaft im Grunde berechtigt sind. Denn: wem nützt die Germanistik? Jedenfalls kaum der Mehrzahl derer, die den Universitätsbetrieb durch ihre Steuern überhaupt ermöglichen.

Was halten die Produzenten von Literatur von der Germanistik, und was erwarten sie von ihr? Diese Frage stellten wir einigen Schweizer Schriftstellern, denn bei einer Literaturwissenschaft, wie wir sie im Sinne haben, wo Kritik, Diskussion über ein bestimmtes Werk wieder direkt zum Schriftsteller rückgekoppelt wird, wären es vor allem Schweizer Schriftsteller, mit welchen sich unsere Germanistik auseinandersetzen müsste.

Zweck dieser Veranstaltung war es auch, unsere Dozenten endlich einmal zu einer Stellungnahme zu der von ihnen vertretenen Literaturtheorie herauszufordern. Ausserdem sollte die Diskussion über diese Probleme unter den Germanistikstudenten und anderen Rezipienten von Literatur in Gang gebracht werden.

An diesem Streitgespräch nahmen die *Schriftsteller Otto F. Walter, Walter M. Diggelmann und Niklaus Meienberg* und die *Dozenten Prof. H. Wysling und Dr. H. Mettler* teil. *Frank Geerk*, Lyriker und Herausgeber der Zeitschrift «Poesie», leitete die Diskussion.

Wir hatten gehofft, die Diskussion würde Möglichkeiten einer neueren Literaturwissenschaft, einen Ausweg aus der von allen Schriftstellern wenigstens diagnostizierten Sackgasse aufzeigen. Doch es blieb im Emotionalen stecken. Ein schönes Exempel derjenigen Situation, die der Grund für diese Veranstaltung war.

Walter M. Diggelmann schimpfte über die unfähigen Germanisten, die nicht einmal fähig seien, einen Text von Walter Benjamin zu erkennen. Dafür wüssten sie nichts Gescheiteres zu tun, als Adjektive und Kommata auszuzählen. Niklaus Meienberg warf der Germanistik vor, sie versteinere eine Arbeitsteilung, die nur den Schriftsteller kenne oder aber den Wissenschaftler, der sich mit der Literatur auseinandersetze, und nicht eine allgemeine Kreativität fördere, die diese Trennung abbaue. Die Dozenten, die massiven Vorwürfe meist ignorierend, ergingen sich in allgemeinen Betrachtungen über den Schriftsteller und die Gesellschaft und wiesen darauf hin, dass solche Ideen wie die, die Produktionsbedingungen auch als Gegenstand der Untersuchung zu nehmen, bereits verwirklicht seien, so zum Beispiel an der Uni Basel.

Der Beitrag Otto F. Walters an dieser Diskussion scheint uns der einzige wirklich brauchbare gewesen zu sein. Er plauderte nicht einfach ein wenig über Literatur, sondern nahm konkret und fundiert Stellung; er kritisierte die Germanistik nicht nur, sondern äusserte klare und durchdachte Vorstellungen und Forderungen.

Arbeitsgruppe Friedrich Glauser

Im Wintersemester soll unter diesem Thema die Person Glausers, seine Literatur und seine Zeit zur Sprache kommen. Glauser, Mitglied des Cabaret Voltaire, Bergwerksarbeiter, Fremdenlegionär und Morphinoman, ist einer der Altmeister der schweizerischen und auch europäischen Krimiliteratur. Er hat diese Gattung derart aufgewertet, dass sich auch Dürrenmatt nicht zu wenig war, ihn zu seinem geistigen Vater zu erwählen.

Interessenten melden sich bitte bei der Kulturstelle der Universität, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Sprachkurse nach Mass
Audio-visuelle Methode, individuelle Betreuung
● Englisch ● Französisch ● Italienisch
● Spanisch ● Portugiesisch ● Russisch
● Deutsch für Fremdsprachige
Beginn jetzt. Freie Wahl der Kursstunden 8–20 h.
Ungezwungene Atmosphäre, schnelles und gründliches Lernen mit
01/27 15 00 SIGHT + SOUND
8001 Zürich, Ostensuasse 19/Löwenplatz

Otto F. Walter

Meine Erwartung an die Literaturwissenschaft, unter 12 Stichworten notiert

Sprache:
dass sie mithilft, unseren unbewussten Umgang mit Sprache zum bewussten Umgang mit ihr zu machen;

Urteile:
dass sie den Studierenden, uns allen, weniger fertige Urteile vermittelt als vielmehr ein präzises wissenschaftliches Instrumentarium zur Erfassung, Erschliessung und Interpretation, kurz: zum Lesen von Literatur;

Neugier:
dass dieses Instrumentarium wissenschaftlich, und das heisst auch offen, ist für die Neugier auf das Unerwartete hin, das noch nicht begrifflich bereits fertig Gemachte;

Klassengesellschaft:
dass sie Literatur und sich selbst relativ sieht, bezogen auf unser gesellschaftliches Sein, das unser Bewusstsein innerhalb unserer Klassengesellschaft bestimmt;

Inhalt:
dass sie die ästhetischen Kategorien, auch die Techniken, Schreibweisen, Methoden, als inhaltliche Komponenten erkennt im je historischen Zusammenhang und als dessen Ausdruck;

Gesellschaft:
dass sie Partei zu ergreifen wagt, dabei aber auf die vorschnelle linke Methode, literarische Sprache allein als Vehikel für gute politische Meinungen zu sehen, verzichtet und begreift, dass Literatur subversiv auf Befreiung hin wirkt und die Schäden, die das System verteilt, nicht beheben kann; dazu bedarf es anderer, robusterer Mittel;

Tradition:
dass sie den Reichtum der bürgerlichen Literaturtradition sichtbar macht, ohne der Versuchung zu erliegen, mit dieser Tradition die unbürgerliche Gegenwartsliteratur zu erschlagen;

Deutsch:
dass sie – hierzulande – das Verhältnis des Deutschschweizers zu seinem Deutsch und seiner Umgangssprache reflektiert unter strikter Absage an jede Volkstümelei;

Produktion:
dass sie die katastrophalen Bedingungen, unter denen Gegenwartsliteratur produziert wird, zur Kenntnis nimmt, analysiert und verändern hilft;

Forum:
dass sie die Gegenwartliteratur in ihre Arbeit einbezieht und Foren schafft zur persönlichen Begegnung zwischen den Studierenden und den Autoren;

Hierarchie:
dass sie das kritische, das emanzipatorische Potential der Literatur auf sich selbst und die Strukturen ihrer Organisation und Vermittlung anwendet;

Freiheit:
dass sie Widersprüche in sich zulässt, dass sie ihre elitären Haltungen abbaut, dass sie die Versuche der Behörden, alles Linke zu eliminieren, mit dem Mut zum Risiko und kategorisch kontert, im Geist ihres Gegenstands.

Meine Intentionen als Schriftsteller

Ich bin Zeitgenosse wie alle andern Menschen. Was ich schreibe, ist Nachricht vom Standort her, an dem ich mich jeweils befinde. Da ich als Schreiber Spezialist bin für bewussten Umgang mit Sprache, für Neugier auf jede Form von physischer und psychischer Realität und für die unterdrückte Natur des Menschen, müsste – immer der Intention nach – meine Sprache als Nachricht etwas melden über die Realität und die Menschen in ihr. Meine Hoffnung ist, diese Meldung gelinge mir künstlerisch so glaubwürdig, dass sich darin viele meiner Mit-Zeitgenossen mit ihrer eigenen, un- oder halbbewussten Erfahrung ausgedrückt wiederfinden, sich in der Realität, zumal der Gesellschaft, neu erkennen und sich erinnern, dass auch sie, wie jeder von uns, doch eigentlich zu einem besseren gemeinsamen Leben beitragen wollten. Dass es Leute wie mich, nämlich einzelgängerisch Kreative, gibt, ist falsch. Ein Indiz dafür, dass wir in einer barbarischen Gesellschaft leben: Sie ermöglicht nur privilegierten Einzelgängern, was potentiell allen menschlichen Wesen möglich ist: verfügungsberechtigt zu sein über ihre Sinne, ihre Interessen, ihre Bedürfnisse, ihre Werkzeuge, ihre Produktionsmittel. In diesem Sinne zielt meine Arbeit auch immer neu hin auf das «Noch-Nicht».

Abgehört und aufgeschrieben

Auf UKW-Kanal 101 seien «pubertäre Ergüsse» zu hören, meinte kürzlich ein Radiosprecher im Rendez-vous am Mittag. Seit Anfang Juni fahnden die PTT nach einem linken Piratensender, der jeden Abend von 8 bis 9 auf besagtem Kanal sein Unwesen treibt. Es ist dies keine Neuigkeit; italienische autonome Arbeitersender tun dies schon lange. Der Inhalt dieser «schweizerischen» Ausstrahlungen erregte den Unmut der Behörden. Deshalb fühlte sich der PTT-Jurist Küenzle berufen, Fahndung, Strafverfolgung und Beschlagnahme anzuordnen und gleichzeitig mit hohen Bussen zu drohen. Die PTT erteile grundsätzlich keine Konzession für Sendungen derartigen Inhalts. Auf Anfrage der «Telefonziitig» an Hans W. Kopp (bekannt aus der Sendung Fernsehstrasse 1–4) meinte dieser, das hochtrabende Verbot sei verfassungsrechtlich gar nicht haltbar. Die PTT seien bei der Konzessionserteilung nur für technische Belange zuständig.

PS: Nach zwei Wochen erfolgreicher Sendedauer hat der erste linke Piratensender der Schweiz seinen Betrieb vorübergehend eingestellt. Vergangenen Samstag wurde die Radioaktion mit einem Volksfest abgeschlossen. Der Funküberwachungsdienst der PTT hatte kein Glück bei der Suche nach dem geschickt operierenden Wellenpiraten. Der geheime Sender will seine Aktivitäten im September wiederaufnehmen.

Telefonziitig
01/39 11 12
kurz und kritisch

✆

Pharma-Tiger La Roche erhielt wegen unlauterer Verkaufsmethoden eine Busse von 900 000 Fr. von der Europäischen Gemeinschaft aufgebrummt. Verwaltungsrat Dr. Jan erklärte in der «Handelszeitung», dass durch diese Sanktion die Erfolgsrechnung nicht tangiert werde. Der Reingewinn der Firma La Roche betrug 1975 immerhin 455 Mio. Franken.

✆

Paul Zöllig, Verwaltungsratspräsident einer Immobiliengesellschaft und Präsident des Vereins *«Stimme der schweigenden Mehrheit»* im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, hat die Gründung einer Zürcher Sektion bekanntgegeben. Die ewig kleine rechte Minderheit und Möchte-gern-Sprachrohr der grossen, zum Schweigen gebrachten Mehrheit möchte medienkritisch wirksam werden.

D«Telefonziitig» meint: *Guet Nacht, Radio, Fernsehen und Zeitungen. Globi-Büecher tüends au.*

FREIHOFER's
Wissenschaftliche Buchhandlungen
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Wirtschaftswissenschaft
Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Interview mit dem Liedermacher Ernst Born

Die Schweiz ist nur geographisch klein

«In den nächsten Jahren könnte Born für die aktuelle Szene werden, was Mani Matter für die der sechziger Jahre war. Er befasst sich sarkastisch beissend, informativ-unterkühlt, durchdacht und engagiert mit den zentralen Fragen dieses Landes: mit schweizerischer Passivität und Selbstgefälligkeit, mit Mitbestimmung und Repression.» So charakterisierte Jürgen von Tomeï den Basler Liedermacher in der «Weltwoche». Viele unserer Leser kennen Ernst Born vom «konzept»-Liederabend «Chansons im Multipack» und vom «konzept» – Solidaritätsmeeting her. Edi Goetschel spricht mit ihm über seine Arbeit.

Ernst Born im Freundschaftshaus auf dem besetzten AKW-Gelände in Kaiseraugst am 28. Mai 1975. *Photo Esther Pfirter*

zürcher student: Die Entscheidung, Dialektlieder zu schreiben, heisst doch, auf eine ganz bestimmte Art ein ganz bestimmtes Publikum erreichen zu wollen. Dabei können ohne die üblichen Normierungen und Simplifizierungen aktuelle Probleme, auch solche von «nur» lokaler Bedeutung, aufgegriffen und dargestellt werden.

E. B.: Eigentlich begann ich Lieder im Dialekt zu schreiben, zuerst noch ohne bestimmte Absicht, weil das die einzige Sprache ist, die ich wirklich kann. Erst mit der Zeit merkte ich, dass man, indem man die Leute in der Sprache anspricht, die sie gewöhnlich auch reden, eine direktere Verbindung schaffen kann, um die Lebensbedingungen dieser Leute zur Diskussion zu stellen. So findet ein relativ breites Publikum Zugang zu den Liedern bzw. die Lieder zum Publikum.

zs: Du willst in deinen Liedern also Lebensbedingungen, bestimmte Situationen aufzeigen?

E. B.: Ja. Am Anfang schrieb ich Lieder über meine eigenen Probleme, weniger als Seelen-Striptease, als um aus meiner ganz persönlichen Sicht zu erzählen, was mich bedrückt. Wenn man aber ständig von der Umwelt bedrückt wird, beginnt man sich zu fragen, woher das kommt und vor allem was man dagegen machen kann.

zs: Nun bestehen dazu zwei verschiedene Ansichten: die Forderung, sich selber zu ändern, wobei die Gesellschaft automatisch auch mitverändert würde, und die Auffassung, zuerst das Gesellschaftssystem zu verändern, was dann dem einzelnen auch wieder zugute käme.

E. B.: Die Ausschliesslichkeit der Forderung, bei sich selber zu beginnen, beinhaltet doch, sich nicht mit seiner Umwelt auseinandersetzen zu müssen. Wenn sich nun meine Lieder aber doch an den einzelnen wenden, so darum, weil sie diesem einzelnen zeigen können, dass dieser nur mit anderen zusammen die gegenwärtigen Zustände ändern kann.

zs: Es besteht doch aber eine Wechselbeziehung zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft, banal gesagt: ohne den einzelnen gibt es keine Gesellschaft. Ist es da nicht notwendig, dass dieser einzelne eine gewisse Stärke mitbringt, damit kein «Kartenhaus» entsteht?

E. B.: Wir werden eben schwach gemacht. Aber viele Schwache werden zusammen stärker. Man kann nicht sagen «Werde du als einzelner einmal stark, dann kannst du zu kämpfen beginnen!» – Darauf könnte man ewig warten.

zs: Auf der anderen Seite sehe ich aber auch Möglichkeiten, wie einzelne, kreative Leute aus eigener Kraft etwas umzuformen vermögen.

E. B.: Meistens wird diese Kreativität nur für die Verwirklichung von persönlichen Flips verwendet. Doch gerade diejenigen, die eine solche privilegierte Stellung innehaben, weil sie eben kreativ tätig sein können oder weil sie studieren können, sollten auch für die Gemeinschaft arbeiten.

zs: Diese Gemeinschaft ist, mit anderen Worten, das Publikum. Besteht nun bei politischen Liedermachern nicht die Gefahr, dass sich zwar ein Stammpublikum bildet, bei dem man Bestätigung findet, von Aussenstehenden aber prinzipiell abgelehnt wird?

E. B.: Das ist auf irgendeine Art das Hauptproblem von allen, die eine Veränderung bewirken wollen. Da ich aber nicht nur in Kellertheatern auftrete, sondern auch an Gewerkschaftsveranstaltungen, Kundgebungen, Vereinsanlässen usw., wo die Leute nicht wegen eines Liedermachers kommen, sondern ein solcher einfach auch noch dabei ist, gelingt es mir, aus diesem starren Kreis immer wieder auszubrechen.

«Ernst Born tritt Mitte der siebziger Jahre den Beweis an, dass es möglich und sogar nötig ist, gesellschaftspolitische Schweizerlieder zu schreiben und zu singen. Lieder, die Position beziehen, die provozieren, die die obligate schweizerische Selbstgerechtigkeit ankratzen und Denkanstösse sein sollen für ein in der Schweiz weitgehend unpolitisches Publikum.» *(Jürgen von Tomeï)*

zs: Wie beurteilst du überhaupt die politische Wirksamkeit eines Liedes?

E. B.: Das Lied allein hat eigentlich keine politische Wirkung, aber es ist Bestandteil einer umfassenderen Bewegung, wie sie zusammen mit politischen Organisationen, Veranstaltungen, Diskussionen und persönlichen Gesprächen oder auch den anderen Medien zustande kommt.

zs: Dein Beitrag zu diesen Bestrebungen, in der Form von Liedern, lässt sich in verschiedene Themenbereiche gliedern, wobei das Gefühl aufkommen kann, die «grossen Themen» würden nur im Ausland passieren. Ist in der Schweiz einfach alles kleiner oder verdeckter, oder geht es der Schweiz besser?

E. B.: Die Schweiz ist nur geographisch klein, und der Schweizer höchstens im Denken kleinkariert. Die Schweiz ist eines der Zentren des Kapitalismus, wo soviel Geld zusammenläuft, dass der Schweizer Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft grössere materielle Zugeständnisse machen kann, als es in anderen Ländern möglich ist. Dadurch bleibt die politische Lage auch stabil, was notwendig ist, damit die Schweiz vertrauenswürdig bleibt. Aber das heisst nicht, dass wir eine privilegiertere Stellung einnehmen, sondern dass die Schweiz als Wirtschaftsmacht genauso auf dem Buckel anderer Länder reich wird, wie hier in einer Firma einer auf dem Buckel der Arbeiterschaft reich werden kann. Ich setze das Ausland immer in Beziehung zu unserer eigenen Situation. Im «Schlaflied» – für ein Kind in Kalkutta – sage ich auch, «ob Büezer oder Hungerkind, mir alli hän die glyche Find».

zs: Neben diesen Liedern schreibst du auch «Volkslieder», wie die «Bsetzerlieder» für Kaiseraugst, Lieder also, die nicht nur von dir gesungen und den andern konsumiert, sondern von allen als Kampfmittel angewendet werden sollen. Siehst du darin eine Alternative zur konventionellen Form des Liederschreibens?

E. B.: Sicher. Doch das habe nicht ich erfunden, das wurde schon immer gemacht. Dazu kommt, dass ich einfach Spass daran habe, zu diesen Melodien, die Allgemeingut sind, neue Texte zu schreiben.

zs: Seit einigen Jahren besteht nun eine Art Inflation von Liedermachern, oder wenigstens von dem, was sich so nennt. Ist das nur eine Modeerscheinung?

E. B.: Liedermachen ist eben eine relativ einfache Sache. Die Frage ist nur, ob die Liedermacherei ein Luxus ist, den wir uns in der Hochkonjunktur leisten konnten, oder ob die Liedermacherei heute zu einer Existenzfrage geworden ist, die nun durch die wirtschaftliche Lage noch an Bedeutung gewinnt.

zs: Wir hoffen, du hast auch weiterhin ein engagiertes Publikum.

FREIHOFER's
Wissenschaftliches Antiquariat
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Psychologie
Sonneggstrasse 21
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen
Dissertation
nur ca. Fr. 820.— kostet?
Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!
Auskunft und Beratung:
aku Foto-Druck Agentur ZÜRICH
Edith Florin
Binderweg 26, 8046 Zürich
(Neuaffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

Drei neue Langspielplatten mit Schweizer Gruppen

Es tut sich was in der Schweizer Musikproduktion

KULTUR STELLE

Immer mehr einheimische Gruppen bekommen Gelegenheit zu Schallplattenaufnahmen. Und erfreulicherweise befinden sich darunter auch eine ganze Anzahl von Aufnahmen, die noch andere Qualitäten haben, als dass sie sich nur gut verkaufen sollen. Hier drei kurze Besprechungen von Schweizer Produktionen, denen u. a. gemeinsam ist, dass alle Musiker in den letzten zwei Jahren an der Uni oder ETH aufgetreten sind.

Einer der Gründe für die vermehrte Berücksichtigung «einheimischen Musikschaffens» liegt bei August P. Villiger, der früher schon bei CBS verschiedene Schweizer Musiker «herausgebracht» hat. Jetzt hat er seine eigene Plattenfirma «IMAGE» gegründet und hofft, als unabhängiger Produzent noch mehr guten Schweizer Musikern Gelegenheit zu Plattenaufnahmen geben zu können, die dann jeweils in Zusammenarbeit mit Bruno Spoerri in dessen Studio entstehen.

Skibeeren

(IMAGE Stereo U-764-001)

Diese LP wird den «Folk-Puristen» nicht nur eitel Freude bereiten, spielen doch die Skibereen auf einigen Nummern elektrische Gitarre und Bass, ja sogar einen Rock-Drummer (O Schreck und Graus!) haben sie für einen Teil der Aufnahmen zugezogen. Verlässt man aber den Standpunkt des «echten» Folk und hört sich die Skibereen-LP unvoreingenommen an, so sieht die Sache etwas anders aus. Was dem Puristen als Sakrileg erscheinen mag, entpuppt sich beim vorurteilsfreien Hinhören als wirkliche Bereicherung. Drummer Düde Dürst (immer noch *der* Schweizer Rock-Drummer) trägt die Skibereen, indem er ihnen ein solides rhythmisches Fundament unterlegt. Und durch Max Lässers ausgezeichnet gespielte E-Gitarre erhalten sie einen Sound, der an die besten Zeiten der Rockmusik erinnert. Was man sich in «Insider-Kreisen» schon lange klar war, wird durch diese LP schön bestätigt: Skibereen-Sängerin Kathryn Gurewitsch gehört zu den Besten ihres Fachs. Von ihrer Stimme könnte sich so manches Schlagersternchen noch eine ganz dicke Scheibe abschneiden . . .

Nun sei es aber doch noch erwähnt; auch die Folk-Liebhaber kommen bei dieser LP auf ihre Rechnung. Gut die Hälfte des Materials ist irische und englische Folklore, meist in Originalbesetzung gespielt. Hier kommen dann auch die bisher noch unerwähnten Skibereen-Musiker Erwin Bucher, Roland Ambühl und Ruedi Hoppler ausgiebig zum Zuge. Etwas schade, dass die Skibereen keine eigenen Kompositionen zu dieser LP beigesteuert haben, aber dem will die Gruppe in nächster Zeit abhelfen und vermehrt auch eigenes Material spielen.

Urs Hostettler – Luc – Mentha – Martin Diem

(IMAGE Stereo U-764-002)

Den Vorwurf, keine eigenen Kompositionen zu spielen, kann man den drei Bernern bestimmt nicht machen, denn mit einer Ausnahme findet sich auf dieser LP ausschliesslich «Hausmannskost». Den wichtigsten Beitrag liefert Chansonnier und Gitarrist Urs Hostettler, der alle Texte geschrieben hat (diese Texte finden sich alle auf der Schallplattenhülle als Verständigungshilfe für Nicht-Berner). Urs Hostettler gehört nicht zu den Chansonniers, die aus einem Gag oder einer Idee ein Chanson mit zehn Strophen machen. Er versucht mit Bildern Stimmungen einzufangen, so wie er sie selbst erlebt hat. Teilweise wird er dann etwas gar poetisch, aber dann gelingen ihm wieder ganz präzise Schilderungen, wie etwa in «chumm use us dym stöckli» und in «di vermisstì». Dass einer, der mit offenen Augen durch die heutige Zeit geht, an verschiedenen Ecken und Enden anhaken muss, kommt in «outobahn» und «yydrück vo re jura-demonstration» zum Ausdruck. Aufgelockert werden Urs Hostettlers Chansons durch vier Instrumentalnummern. Drei davon stammen vom Gitarristen Martin Diem, der auch eine saubere Mundharmonika spielt. Als ganz aussergewöhnliches musikalisches Talent erweist sich der Geiger Luc Mentha, der sein Instrument mit einer Meisterschaft und Souveränität spielt, die für sein Alter erstaunlich sind.

PS. Es ist Urs Hostettler zu verdanken, dass endlich wieder einmal eine Nummer des legendären Vaters des Schweizer Folk and Blues, Emil Hugentobler, auf einer LP zu hören ist.

«OM» Kirikuki

(JAPO ST60012)

Erfreuliches tut sich auch in der Innerschweiz. Die Luzerner Electric-Jazz-Gruppe OM hat ihre zweite LP auf den Markt gebracht. Für sie gilt das Sprichwort vom Propheten, der im eigenen Land nichts gilt, erschien doch ihre neue LP beim deutschen Schallplatten-Label «Japo» (die kleine Tochter von ECM). Und recht hatten sie, die vier Luzerner, dass sie sich wieder ins Studio begeben haben. Man merkt es den Aufnahmen an, dass viel seriöse Arbeit und viele Proben dahinterstehen. Verglichen mit der ersten LP, ist die Musik jetzt viel dichter geworden, «der Zug fährt schön ab» und es «jazzt» herrlich. Massgebenden Anteil daran trägt der Schlagzeuger Freddy Studer, der seine Mitmusiker souverän vor sich her trommelt. Das Saxophon von Urs Leimgruber schwebt oft in Gato-Barbierischer Weise über dem Rhythmus, während Christy Doran die Möglichkeiten der E-Gitarre voll ausnutzt. Die rhythmischen Bassfiguren von Bobby Burri geben der Gitarre und dem Saxophon den Rückhalt für ihre Aus- und Höhenflüge.

Man hat die Tendenz, Schweizer Gruppen mit der Floskel «für eine Schweizer Gruppe ausgezeichnet» abzutun. Aber ich finde die Musik der OM auf dieser LP schlicht gut, sie braucht den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Natürlich klingt auch bei OM einiges an schon Gehörtes an, aber bei welcher der amerikanischen Gruppen ist dies nicht ebenfalls so?

Gute Plattenkritiken bringen den, der sie schreibt, leicht in den Verruf, dem Leser etwas aufschwatzen zu wollen. Aber ich finde diese drei LPs so interessant, dass man sich zumindest einmal ein Ohr voll davon nehmen sollte. Es besteht ja kein Kaufzwang . . .

Studententheater Zürich

Was will das Studententheater? Theater für Studenten oder Theater mit Studenten? Oder keines, oder beides? Würde man sich hier festlegen, hätte man es sicher einfacher. Aber wieso einfach, wenn es kompliziert auch geht? So versucht das Studententheater allen dieser Möglichkeiten gerecht zu werden.

Im Herbst wurde der Entschluss gefasst, neben Eigenproduktion vermehrt Gastspiele und neben Abendveranstaltungen das Mittagstheater (mit Verpflegung) einzuführen. Die gut besuchten Kurse (Sprechtechnik, Pantomime) wurden weitergeführt und der Keller 62 um das Scheinwerfermaterial verbessert. Eine Pressekonferenz galt der Aufwirbelung öffentlichen Staubes, was doch hier und dort ein wohlwollendes Hüsteln auslöste. Die Antwort der Studentenschaft Zürichs auf unsere Tätigkeit ist eher ernüchternd, Gastspiele und Eigenproduktionen wurden sehr vorsichtig genossen (man erinnere sich des berühmten Bauern), einzig das Mittagstheater löste meist ein grösseres Echo aus; nicht nur die Liebe, vielleicht geht auch die Kunst durch den Magen.

Was ist das nun aber für ein Verein, der da hartnäckig versucht, den Zürcher Studenten Theater näherzubringen, und sei es über den Mittagstisch hinweg? Es wäre etwa gleich einfach, das verworrene Sein und Scheingeflecht des Kleist'schen Amphitrion auseinanderzugliedern wie die Innereien des Studententheaters zu beschreiben, denn so leicht sich die beiden Worte Studententheater Zürich lesen lassen, was sich dahinter verbirgt ist wesentlich komplizierter.

Als wichtigstes lässt sich feststellen, dass das Studententheater aus etwa fünf Gruppen besteht, die unabhängig voneinander agieren: den Kursen (zwei an der Zahl), der französischen und der deutschsprachigen Theatergruppe und dem Vorstand. Jede Gruppe hat ihre eigenen Ziele:

- in den Kursen lässt sich eine erste Prise Theaterluft schnuppern
- die Theatergruppen spielen mit Studenten für Studenten
- der Vorstand organisiert Gastspiele, verwaltet die Finanzen und koordiniert zwischen den Gruppen.

Der Vorteil eines so strukturierten Vereins liegt darin, dass ein abwechslungsreiches Programm zustande kommt (7 von den 10 Veranstaltungen im Sommersemester sind Eigenproduktionen gewesen). Von irgendeiner Gruppe ist immer ein Impuls zu erwarten.

Nachteile folgen auf dem Fuss: die Kursleute verstehen sich nicht als Mitglieder des Studententheaters, die Mitglieder kennen sich nur schlecht, wenn überhaupt, der Vorstand hat vor allem organisatorische Aufgaben, was auch nicht immer befriedigt (das Mitmachen in einer anderen Gruppe ist fast nicht mehr möglich).

Hier gilt es zu ändern. Nach dem Motto: «geteilte Freude, doppelte Freude» muss der Vorstand mindestens um eine etwa 10köpfige Mitarbeiterschar erweitert werden (geteilte Arbeit, doppelte . . . ääh), die vor allem den Kontakt zwischen den einzelnen Gruppen fördern soll. Verschiedene weitere Fragen gilt es noch zu klären, z. B. ob man das Organisieren von Gastspielen nicht den studentischen Kulturstellen überlassen will. Probleme, die ein neuer Vorstand mit neuem Schwung lösen wird (wie es so schön heisst).

Das Studententheater soll aber vor allem als Experimentierbühne offen bleiben und die Möglichkeit, sich selber einmal am Theater zu versuchen, möglichst vielen, Studenten und Nichtstudenten, bieten. *Urs Heck*